

nach für die Unternehmer, über die zu treffenden Maßregeln sich von dem Zentralverband deutscher Industrieller belehren zu lassen. Die Unternehmer Criminaljustiz soll sich aber bei dem, was sie den zurückkehrenden Arbeitern bieten, nicht hinter die Forderungen der Organisation verstecken können, sondern selbst die Verantwortung für ihre Handlungen tragen. Ferner aber war man sich dessen sicher, daß man in den Versammlungen, falls man sie gewährt, nicht das zu den Ausgesperrten würde sagen können, was in einem Flugblatt ausgesprochen werden könnte. Nach allem, was die Behörde den Streikenden gegenüber getan, stand zu befürchten, daß die Versammlungen der Auflösung verfallen und damit die Ausgesperrten an der Beschlußfassung gehindert würden.

So entschloß sich die Lohnkommission, die Beendigung des Kampfes sofort nach Beschlußfassung der Obleute der Fabriken durch ein Flugblatt bekanntzugeben und bis zu diesem Moment nichts über die gefassten Beschlüsse verlauten zu lassen. Die erforderlichen Arbeiten für die Ausführung des Plans wurden noch in der Nacht getroffen. Die Auszahlung der Unterstützung vollzog sich am Montag wie an allen früheren Tagen. Nach Schluß der Auszahlung traten die Obleute der Fabriken zusammen und die Lohnkommission berichtete über die gefassten Beschlüsse. Nur wenige Obleute sprachen sich gegen die Beendigung des Kampfes aus, mehr dem Gefühl folgend, ohne die Erwägungen zu verstehen, die den schweren Schritt notwendig erscheinen ließen. Schmerzlich ist es allen geworden, nicht nur den Mädchen, welche als Obleute ihrer Fabrik eingesetzt waren, um ältere Arbeiter vor Maßregeln zu schützen und umständiglich ihres Amtes gewaltig hatten, sondern auch vielen im Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse ergrauten und abgeharteten Arbeitern standen die heißen Tränen in den Augen, als der Beschluß gefaßt wurde, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen. Nicht Sorge darum, was aus ihnen wird, die in erster Reihe von der Not und Härte der Unternehmer getroffen werden, war es, was ihnen die Tränen abpreßte, sondern das Gefühl der Empörung, durch die Gewaltmaßregeln der Nachhader zu einem solchen Entschluß gezwungen zu sein.

Am Montag 8 1/2 Uhr abends wurde der Beschluß gefaßt und nach einer halben Stunde war die Arbeiterchaft von dem Entschluß durch ein Flugblatt unterrichtet. Es durfte, bis zum letzten entscheidenden Augenblick von den Beschlüssen der Lohnkommission nichts bekannt werden, weil nicht vorauszufragen war, wie die Obleute sich entscheiden würden. So kam denn auch den Ausgesperrten die Nachricht völlig unerwartet und bald füllten sich die Straßen und Verkehrswege mit Fragensenden, die an der Richtigkeit der Nachricht zweifelten. Hier aber zeigte sich die Disziplin der Criminaljustiz Arbeiterchaft und das Vertrauen, das sie ihnen zur Leistung derjenigen Gewissen und Genossen entgegenbringen. Auch diejenigen, welche ihre Gesühle nicht zu beständigen Vermutungen und diesen laut Ausdruck gaben, sie stimmten den getroffenen Maßnahmen zu, nachdem ihnen klar geworden war, warum man so, wie gesehen, gehandelt werden mußte. Es gab kein Wort der Klage, auch bei jenen nicht, die wußten, daß für sie die Fabriken nicht wieder öffnen würden. Nur eins kam vielfach zum Ausdruck, was auch in der Sitzung der Obleute erwähnt wurde, die Frage: Wird die denigige Arbeiterchaft aus nicht verachten, weil wir den Kampf aufgegeben haben? Ein alter ergrauter Obleute einer Fabrik sagte zu mir: Ich weiß, daß ich nun aus dem Orte hinaus muß, aber ich würde mich als Feind der Arbeiterchaft nicht betrachten, wenn ich davon weis, daß die Arbeiterchaft nicht verachtet werden wird, weil ich aus Criminaljustiz bin. Die Kritik nicht so hart wie der Verlust der Arbeiterchaft. Ich wie viele andere konnte ich erklären, daß die Arbeiterchaft sie nicht verachten, sondern hochachten würde, weil sie aus Gemeininteresse und um die Organisation zu erhalten, den Kampf abgebrochen, nicht aufgegeben haben, es war die Solidarität gewesen, die uns gerade für die empörte Arbeiterchaft in das Dasein, das die Criminaljustiz...

Eine solche Arbeiterchaft kann einmal im Kampfe unterliegen, aber sie ist nicht zu bezagen. —

Aus Criminaljustiz wird uns von unserem Korrespondenten mitgeteilt, daß am Dienstag und Mittwoch von den Fabrikanten circa 900 Arbeiter eingestellt worden sind; in erster Linie Spinnereiarbeiter, die die Vorbereitung machen müssen, bevor die Weber anfangen können.

Es wird immerhin eines längeren Zeitraumes bedürfen, bevor die größte Zahl der Arbeiter wieder eingestellt werden kann. Ein Schluß zu geben, ist jetzt noch unmöglich. Dazu ist erst noch einigen Tagen Ansehen. Der Empfang der Arbeiter bei der Rückkehr zur Arbeit war im allgemeinen ein durchaus friedlicher. Von dieser Regel gab's natürlich auch einzelne Ausnahmen.

Am der Tagesversammlung in Criminaljustiz vorläufig beendet ist, wird der Kampf um den Jahresabschluss an anderer, wichtiger Stelle wieder aufgenommen. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat eine Resolution eingebracht, der Regierung solle die Regierung auffordern, wenn die tägliche Arbeitszeit in den Fabriken vom 1. Juli d. S. ab nicht mehr als sechs Stunden betragen soll.

Die Regierung wird bei der Beratung des Entwurfs des Gesetzes über den Jahresabschluss Bedenken haben. Und mit ihr die bürgerlichen Parteien. Sie alle werden wohl eher über sich das Gesetz nicht aufgeben können, bei dem gegenwärtige Kampf der Criminaljustiz Arbeiterchaft nicht auf die unüberwindlichen Schwierigkeiten einzugehen.

Die parlamentarischen Ereignisse sind daher dem Criminaljustiz und uns mit ihnen fertig. Die gesetzlichen Schritte werden nicht ausbleiben.

Der Jahresabschluss der Arbeiterchaft gibt es keine. Nichts dergleichen, das nicht zugleich einen Eingeständnis in sich trüge.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 21. Januar 1904.

Eine jede Regel erfüllt ihre Pflicht!

Im Mittelmeer schwebt die für die Niederwerfung der Hereros bekannte Resolution des ersten Reichstages vor sich und wird beharrlich gefordert, was uns aus dem Zusammenhang mit dem Dampfer „Danzig“ die Fahrt nach Südwestafrika beginnt. Auch der für Japan bestimmte Dampfer „Sue“ gab es um den Mittelmeer die Reise nach Ostasien und die Expedition nach der Insel Japan über die Philippinen abgeleitet und in seiner Reise nach Ostasien, die heute

nicht vergessen sind. Diesmal sprach statt seiner der Prinz Heinrich. Die Scherl-Presse ist in der Lage, den folgenden Text zu geben:

Im Verlauf der letzten Jahre ist es das viermal, daß das Seebataillon daselbst ist, auf Befehl des Kaisers ... zu decken, um solche in unsere Kolonien entsandten sind. Ich freue mich dessen mit euch, ich kann sagen, ich beueide euch, daß ihr bemüht seid, deutschen Ruhm und deutsche Ehre aufs neue herzustellen. Ich weiß, daß ihr freiwillig hinauszieht, das erfordert der Soldatenstand, das ist alte Tradition, auf die wir Deutschen stolz sein dürfen. Wenig wird euch erspart bleiben: Hunger, Durst und schwerste Entbehrungen. Denkt an eure Pflicht, denkt an euren Eid, denkt, daß ihr Söhne eures Vaterlandes seid. Seid gehoramt, seid treu untereinander und haltet Kameradschaft. Besetzt nicht, daß der Weg zum Erfolg bei euch liegt. Eine jede Regel, die ihren Lauf verläßt, erfülle ihre Pflicht. Glänzliche Reize und Heimkehr! Gott sei mit euch!

Es erfordert der Soldatenstand und die alte Tradition, „auf die wir Deutschen stolz sein dürfen“, daß in solchen Momenten Worte gesprochen werden, die der ebenfalls traditionellen Betonung der Religionsvorschriften schmerzhaft widerprechen. Du sollst nicht töten, sagt die christliche Religion. „Eine jede Regel, die ihren Lauf verläßt, erfülle ihre Pflicht!“ wünscht Prinz Heinrich.

Zudem werden die Hereros von ihren Göttern die gleiche Hilfe erbitten, deren Leistung von dem christlichen Gotte in der Rede als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Ein Vorjahr, des Prinz Heinrich hat deshalb über den Erfolg der Anrufung Gottes eine sehr skeptische Meinung geäußert.

Nicht wer die besten Götter, sondern wer die besten Waffen hat, wird siegen. Daß die Hereros daher schließlich unterworfen werden, ist kein Zweifel. Ungewiß ist nur, wie viele Menschenleben den Sieg zu bezahlen haben, abgesehen von den Gutsleuten, die dem arbeitenden Volk anlässlich des neuesten Kolonialkriegs anverletzt werden.

Vom Kriegsschauplatz weiß lediglich die „Allg. Ztg.“ etwas zu berichten:

Das Eingreifen des Kreuzers „Habicht“ hat sich unter dem Befehl des Kapitäns Gudeviß sehr rasch vollzogen. 60 Mann des „Habicht“ mit Maschinengewehren sind auf der Eisenbahn, deren Benutzung durch Regengüsse sehr erschwert war, bis Karibid vorgegangen, das jetzt zu einer eventuell nötig werdenden Verteidigung vorbereitet wird. In der Nähe zeigen sich nur gestaute Bänder von Kämpfern. Die Nachrichten aus dem Innern bestätigen, daß Windhuk, Otjandja und andre Stationen belagert sind, wie es schon arg bedrängt sind. Das Detachement Pölow befindet sich auf einer Station. Durch Vernehmung des in Kamerun stationierten Kriegsschiffs „Wolf“ nach Swakopmund wird eine Verletzung des Landungs-Depotens des „Habicht“ ermöglicht werden. Die Verstärkung wird noch vor dem Abbruch des Kommando eintrafen. Die Kameruner Schutztruppe wird für die Einweisung in Südwestafrika als ungeeignet erachtet.

Die Urlaubser der Schutztruppe für Südwestafrika, von denen eine größere Anzahl gegenwärtig in Deutschland sich aufhält, sind zum 28. nach Berlin einberufen worden, um am 30. die Rückfahrt nach Swakopmund anzutreten, obgleich der Urlaub in den meisten Fällen noch bis Ende März dauert.

Dem „Berliner Welt“ zufolge wäre eine ganze Gruppe von Büren, falls die deutsche Regierung einwilligt, sofort bereit, im Damaraland unter deutscher Fahne zu kämpfen.

Ueber die Eingeschlossenen in Otjandja erfahren die „Braunschweig. Reichs. Nachr.“ von einem in Deutsch-Südwestafrika ansässigen Braunschweiger, der in Otjandja selbst eine sehr große Farm besitzt:

Die Lage für die in Otjandja eingeschlossenen Deutschen ist auf alle Fälle eine kritische. Otjandja liegt über 300 Kilometer von der Küste entfernt und 100 Kilometer von der letzten Station der Eisenbahn. Außer den gutgekauften Hereros dürften es etwa 50 Europäer — darunter drei aus Braunschweig stammende Familien — sein, die in Otjandja der Rettung harren. Leider verfügen die Eingeschlossenen über kein einziges Geschütz; sie sind in dem Sinne lediglich auf ihre Gewehre angewiesen; die Bewaffnung ist somit eine gleichwertige auf beiden Seiten. Jedoch dürften unsere Landsleute in Otjandja die widerständigen Damaras zu schaffen machen, die im Norden des Landes, östlich von den Hereros, hausen und in Friedenszeiten als die gefährlichsten Streifhändler bekannt sind. Da das Verbandsgebiet des „Habicht“ die Eisenbahn nur auf einer Strecke von etwa 200 Kilometer bespannen kann, so dürfte keine Aussicht vorliegen, in Otjandja Hilfe zu erwarten sein.

Der am Donnerstag nachmittag von Wilhelmshafen abgehende Transport Freiwilliger zählt 716 Köpfe, darunter 44 Offiziere.

Die kaufmännischen Schiedsgerichte.

Das Berlin wird uns über die Mittwochs-Sitzung des Reichstages mitteilen: Die Reichstags-Versammlung hat in seiner heutigen Sitzung mit der Regierungsvorlage über die kaufmännischen Schiedsgerichte und einem gleichgerichteten Zusatzantrag der Kaufleute.

Die Reichstags-Versammlung geht über ihre eigentlichen Grenzen hinaus und erregt die widersprechenden Reaktionen. Schon wiederholt hat sich die Gegenmeinung mit den Forderungen der kaufmännischen Angehörigen der Reichstags-Versammlung befähigt. Und die Bewegung nach einer schnellen, billigen, sachlichen Rechtsprechung für die Handelsgeschäfte ist jetzt so weit gekommen, daß die Regierung selbst, trotz all der Bedenken, die sie hat, die dem Entwurf zugehörige im Bundesrat festhalten, es für einen unüberwindlichen Kampfverhältnis erklärte, den Kampf zu unterbrechen.

Der erste Mann aus dem Hause der national-liberalen kaufmännischen Angehörigen und Landtagsabgeordneter Lattmann-Rohlfel, und die ganze Zahl der bürgerlichen Redner, die nach ihm sprachen, sind von der Regierungsvorlage im wesentlichen befriedigt. In ihrer Rede findet sich jedoch hier und da auch ein beschränkter Wunsch, eine kleine Einschränkung, aber im großen ganzen stimmen sie doch den Forderungen zu. Sie sagen alle das hohe Lob von der Harmonie zwischen Chefs und Handlungsgehilfen, das imweg auf Arbeiter und Unternehmer nicht mehr aufpassen kann, ohne der Gerechtigkeit zu verstoßen.

Demgegenüber ist die Sozialdemokratie die einzige energische Verweigerung der Zustimmung der Handlungsgehilfen. Gewisse Mitglieder, der in einschneidender Darstellung der wachsenden Konkurrenz mit gewisser Sachkenntnis der Grundpunkt unserer Forderungen darstellt, gerichtet die Forderung des Ungehinderten Zusammenwachsens von der hochbedeutenden Tätigkeit des kaufmännischen Handlungsgehilfenstandes. Demgegenüber er hat und schreit die Minderheitenforderungen, unter denen die Geschäftsleute die einzige Forderung des Entwurfs gefordert kann: Abgrenzung

Einrichtung von Kaufmannsgerichten an allen Orten, wo ein Gewerbebetriebe besteht, aktives und passives Wahlrecht für alle Handlungsgehilfen über 21 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts, Fernhaltung der Rechtsanwälte von den neuen Gerichten — ebenso wie sie bei den Gewerbebetriebe ausgeschlossen sind —, die nur das klare Recht zugunsten der Unternehmer vertreten und die Prozeßführung verteuern und Unterstellung der Streitigkeiten aus der Konkurrenzklause unter die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte. Daneben wies er die reaktionären Einmischungsversuche der Berufsvereinigungen energisch zurück und sprach noch manche andre wertvolle Anregung für eine wahrhaft soziale Ausgestaltung des Gesetzes aus.

Allen diesen Forderungen gegenüber hat der Staatssekretär Graf Kosakowsky nur ein klares „Nein!“. Erklärt er doch, daß die Einführung des aktiven Frauenwahlrechts, für das selbst Herr Krumborn vom Zentrum, Herr Beck von den Nationalliberalen und Herr Well von den Freisinnigen eintrat, die Vorlage der Regierung unannehmbar machen würde.

Unsere Fraktion wird bei der morgigen Fortsetzung der Beratung der Regierung die Antwort nicht schuldig bleiben. —

Deutschland.

* Berlin, 21. Januar. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist zum Ordinarium des Etats eine Resolution eingebracht, in der um einen Nachtragset ersucht wird, zur Bereitstellung von 150 000 Mark behufs Bekämpfung der Wurmkrankheit vornehmlich zur Beschaffung eines geeigneten Desinfektionsmittels. —

— Einen neuen Bund zur Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Ordensverleihungen versuchen die Herausgeber eines „Deutschen Ordensalmanachs“, der alljährlich erscheinen soll, zu gründen. Das Werk, so heißt es in dem Prospekt, soll „den Ordensrittern zum Bewußtsein bringen, daß sie mit der Defozierung monarchische und staats-erhaltende Pflichten übernehmen; es soll das Interesse am Ordenswesen vertiefen, in breitere Schichten tragen und versuchen, das Fundament zu legen für einen Bund monarchisch Denkender, aus dem heraus sich, wie wir hoffen, eine Gegenbewegung gegen die Sozialdemokratie entwickeln soll.“ — Interessanter würde unseres Erachtens ein Almanach sein derjenigen Personen, welche unbefristet sind, sich in öffentlicher Stellung befinden und in einem gewissen Lebensalter noch keinen Orden erhalten haben. —

* Osnabrück, 21. Januar. Als Termin für die Reichstagswahl ist der 1. Februar in Aussicht genommen. —

* Oldenburg, 21. Januar. Hier hat sich der seltene Fall ereignet, daß ein Mann, der mit dem Strafgeset in Kollision geraten und verurteilt worden war, unmittelbar nach seiner Verurteilung einen hohen Orden erhielt. Der vielgenannte Meister des Feu, Justizminister Rühlrat, der den verurteilten Redakteur Biermann einen Lumpen genannt und dafür 20 Mark Geldstrafe zubilligt erhalten hatte, ist jetzt mit dem Ehrengroßkreuz zweiter Klasse dekoriert worden. —

* Leipzig, 20. Januar. In sechs Versammlungen, die von ungefähr 5000 Personen besucht waren, protestierten die Sozialdemokraten gegen die beabsichtigte Landtagswahlreform. Die vierjährige Resolutionen, in denen die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für Sachen gefordert wurde, gelangten in den sechs Versammlungen zur Annahme. — Heute erfolgte hier die notariell vollzogene Gründung einer Zentral-Einkaufsgesellschaft deutscher Kolonialwarenhändler mit h. H. mit dem Sitz in Hamburg. —

Norwegen.

In Norwegen findet die bürgerliche Frauenbewegung das Ohr der Regierung und Parteien. In kurzer Zeit wird im Storting eine Vorlage erscheinen, die den Frauen die Staatsämter erschließt, aber schon vorher dürfte ihnen ein wichtiger Berufsamer geöffnet werden. Bei der Beratung über den Entwurf einer Rechtsanwaltsordnung beschloß das Odelsting auf Bolmers Vorschlag, daß Frauen als Rechtsanwältinnen unter denselben Bedingungen wie die Männer zugelassen werden sollen. Das Votum wird vermutlich dem Beispiel des Odelstings folgen, und es dürfte dann, da das Gesetz sofort in Kraft treten soll, sicher nicht lange dauern, daß sich eine Anzahl Damen den neuen Beruf zunutze macht. —

Ungarn.

Die politische Lage beginnt wieder sehr verworren zu werden. Falls in den nächsten Tagen nicht noch irgend einer Klärung hin eine Klärung erfolgt, erscheint nach der „Frankf. Ztg.“ die Zustimmung zu einer Krise fast unermesslich. Die Zahl der Oppositionisten vermehrt sich durch den Austritt Bengelys aus der Kossuth-Partei. Weitere Austritte stehen bevor. Ueber die Absichten des Grafen Tisza gegenüber der herrschenden parlamentarischen Anarchie ist nichts bekannt. —

Aus der Parteibewegung.

Einen Fraktionssekretär hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Einverständnis mit dem Parteivorstand geschaffen. Der Sekretär wird mit der Aufgabe betraut, den Fraktionsmitgliedern in der Beforgung von Material für die Reichstagsarbeiten hilfreich zu sein. Es ist dies eine Aufgabe, zu deren Erledigung andre Fraktionen längst derartige Stellen eingerichtet haben. Die Stellung wird dem Parteigenossen Max Grunwald übertragen. —

Gewerkschaftsbewegung.

Nachträge vom Kampf in Criminaljustiz. Die Criminaljustiz hatte sich am Sonnabend wieder mit einer Anzahl der bekannten fürchterlichen „Terrorismusfälle“ zu beschäftigen. Der erste derselben war eigentlich ein Fall, in dem ein Ausgesperrter, der Weber Max Schiller, die Polizei des Terrorismus beschuldigt hatte. Er hatte in einer Versammlung behauptet und stellte auch vor Gericht unter Beweis, daß die Behörde alle Mittel anwende, auf die Arbeiter und den Streik einzuwirken. Die Polizei verfuhr in einer Weise, wie man es sich kaum denken kann. Unter Pöfen laufe diese hinter den Streikposten her, als ob es sich um Verbrecher handle, und harmlose Strafpassanten würden beschäftigt. Ein Zeuge wurde, als er eines Morgens nach der Arbeitsstätte ging, plötzlich von einem

Deutscher Reichstag.

(15. Sitzung.)

Berlin, 20. Januar 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Kolonialdirektor Dr. Stöbel, Frhr. v. Stengel, Frhr. v. Nitzsch, Graf Pofadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Nachtragses für Südwestafrika, der ohne Debatte angenommen wird.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzes betreffend Kaufmannsgerichte

in Verbindung mit einem Initiativantrag der Abg. Piebemann von Sonnenberg u. Gen. (Antiz.) über denselben Gegenstand.

Als Antragsteller nimmt das Wort der

Abg. Lattmann (Antiz.): Die Vorlage des Bundesrats war ein ebenso überraschendes wie erbauendes Neujahrsgeschenk für die Handlungsgesellschaften. Ueber die Notwendigkeit kaufmännischer Gerichte besteht kein Zweifel, nur ein prinzipielles Bedenken, die befürchtete Stärkung der Sozialdemokratie besteht noch. Ueber der starke deutsch-nationale Handlungsgesellschaftenverband ist die treibende Kraft dieser ganzen Bewegung. Herr v. Gerlach hat dem Verband seine „antijuristischen Gesetzentwürfe“ vorgelesen, der Vorwurf ist um so merkwürdiger, als man nicht weiß, welche Gesetzentwürfe der Herr selbst augenblicklich abstreift. Wir treten ein für den Anschluss an die Gewerbegerichte mit ihrer Schnelligkeit und Billigkeit des Verfahrens und seiner dem Geiste des Gesetzes entsprechenden sachkundigen Rechtsprechung. Im Rahmen des allgemeinen Gerichtsverfahrens oder als Unterabteilung der Amtsgerichte können die Kaufmannsgerichte das nicht leisten. Die Grenze der obligatorischen Einführung der Kaufmannsgerichte bei Gemeinden von 50 000 Einwohnern würde zu denselben Mischständen führen, die sich bei den Gewerbegerichten herausgebildet haben.

Abg. Trimborn (Centr.): Auch meine Freunde begrüßen den Entwurf als die Erfüllung eines lang gehegten Wunsches, er ist spät gekommen, aber er ist gekommen. Ich persönlich und ein großer Teil meiner Freunde billigen den Anschluss an die Gewerbegerichte, weil diese bisher mit Erfolg tätig gewesen sind. Vielleicht könnte das Reichsjustizamt später die Sondergerichte in organischer Weise den ordentlichen Gerichten angliedern. Ein Teil meiner Freunde aber hält an der Angliederung an die Amtsgerichte fest.

Für den Vorstoß bei den Kaufmannsgerichten halten wir Verwaltungsbeamte nicht für geeigneter. Es handelt sich lediglich um bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, und bei ordentlichen Richtern ist die Unabhängigkeit gesetzlich garantiert. Gerade durch solche Stellungen werden sie zu sozialem Verständnis erzogen. Freilich sollte man zu dieser Aufgabe nur die tüchtigsten Richter nehmen. Wir ziehen die Grenze von 20 000 Einwohnern für die Errichtung der Kaufmannsgerichte der allzu hohen von 50 000 Einwohnern vor. Für die Wahlen zu den neuen Gerichten werden wir vielleicht einen Antrag auf Proportionalvertretung stellen; auch wollen wir den weiblichen Gehilfen wenigstens das aktive Wahlrecht geben. Die Streitigkeiten aus der Konkurrenzklause und die Funktion der Einigungsämter sollte man den Kaufmannsgerichten gleichfalls übertragen. Ich beantrage die Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Singer (Soz.): Die Freude des Korrespondenten über die Vorlage teilen wir nicht. Die Vorlage ist ein neues Zeichen für unsere sozialpolitische Rückständigkeit. Kapitalistische Interessen sind von der Vorlage in weitem Maße herabgedrückt worden. Die Spuren des Sozialismus der Industriellen sind deutlich erkennbar. Die Wohlwollen für die kaufmännischen Angestellten ist von vorher aber nicht zu erwarten.

Die Vorlage entspricht einem alten Wunsche der Handlungsgesellschaften; aber nicht der deutsch-nationale Handlungsgesellschaften-Verband hat schon 1890 beantragt, die Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf die Handlungsgesellschaften auszuweiten. Wir verlangen für die Kaufmannsgerichte grundsätzlich die gleichen Bestimmungen wie für die Gewerbegerichte. Mit der Verweisung der Vorlage an eine 21 gliedrige Kommission sind wir einverstanden. Wir sind für obligatorische Einführung der Kaufmannsgerichte, wie das auch sämtliche Organisationen der Gehilfen wünschen. Die Mehrheit des Hauses hat es also in der Hand, zu verhindern, daß nicht wieder die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die die Interessen der Arbeitnehmer vertritt. Die Einwohnerzahl von 50 000 ist übermäßig hoch gegriffen. Bei den Gewerbegerichten ist man bekanntlich

auf 20 000 heruntergegangen. Bei der Rückständigkeit vieler Kommunalverwaltungen ist die obligatorische Einführung dringend notwendig. Ein weiterer Grund hierfür ist die Tatsache, daß die Großindustrie um Kosten zu sparen, sich aufs Land zurückzieht und mit ihr eine große Anzahl von Handlungsgesellschaften. Auf das Wohlwollen der Landgemeinden dürfen wir die Gehilfen nicht verweisen. Die Konkurrenzklause ist aber nichts anderes als ein Ausnahmengesetz für die Handlungsgesellschaften (Sehr richtig! h. d. Soz.), wodurch ihnen auf Jahre hinaus die Möglichkeit fortzukommen doch sehr wesentlich beschränkt wird. Dieser Zustand steht mit Gerechtigkeit und Moral in schreiendem Widerspruch. Es sind bis in die höchsten Instanzen Urteile ergangen, die uns warnen sollten, die Rechtsprechung über Konkurrenzklause Streitigkeiten nicht sachverständigen Gerichten zu belassen. Die Handlungsgesellschaften aller Parteien sind hierin einig. — Die Frage des Vorsitzenden sind wir dagegen, die Wahl der Richter den Organisationen und Korporationen zu überlassen, eine Möglichkeit, die die Vorlage zuläßt. Es scheint so, als ob das Bestreben, die Berufsstände zu Organen der Gesetzgebung zu machen, hier zu einem ersten Versuch geführt hat. Diese Bestimmung wird das Vertrauen der Gehilfen zu den neuen Gerichten sicherlich nicht erhöhen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Von den Gehilfen wird auch nicht einer auf unmittelbare Wahl verzichteten wollen. Welcher Verband soll denn wählen? Hier wird doch nur eine Quelle ewiger Streitigkeiten geöffnet. Will man sozialistische Bestreben etwa dadurch ausschließen, daß man es einer Gemeinde überläßt, vielleicht einem deutsch-nationalen Gehilfenverband die Wahl der Richter anzuvertrauen. Für das Frauenwahlrecht wird wohl nur ein kleiner Teil des Zentrums eintreten. Es gibt jetzt etwa 120 000 weibliche Gehilfen; daß man ihnen das aktive und passive Wahlrecht nimmt, ist ein Spott auf die Vernunft. Auch das 25. Lebensjahr ist viel zu hoch gegriffen, statt dessen muß das 21. Jahr eingesezt werden. Auch die Berufungssumme ist zu niedrig angelegt. Weiter verlangen wir, daß eine Vertretung durch Rechtsanwälte ausgeschlossen ist. Das Gesetz soll den Wünschen der beiden interessierten Teile entsprechen. Die Wünsche der Handlungsgesellschaften sind wohl mehr berücksichtigt werden. Hoffentlich gelingt das in der Kommission. Nur dann kann meine Partei für das Gesetz stimmen. (Sehr! Beifall h. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Pofadowsky: Der Gesetzentwurf hat bei den Beteiligten lebhaftes Interesse gefunden. Die Zeit der Gegenüberstellung gegen alle Sondergerichte ist vorüber. An ihre Stelle ist das Streben in alle Kreise der Bevölkerung getreten, zu korporativen Verbänden zu gelangen und Standesgerichte einzuführen. Daß auch im Bundesrat verschiedene Meinungen geltend gemacht worden sind, ersehen Sie aus der langen Dauer der Vorbereitung. Ich kann auf diese widerstreitenden Meinungen aber nicht eingehen, sondern habe die Vorlage der Regierung als Ganzes zu vertreten. Wir haben uns entschlossen, die Kaufmannsgerichte nicht den Amtsgerichten anzugliedern, weil die eigentümlichen Erwerbsverhältnisse der Handlungsgesellschaften dazu drängen, daß ihnen ein schnelleres und billigeres Prozessverfahren gewährleistet wird. Am besten wäre es vielleicht gewesen, das Amtsgerichtsverfahren überhaupt einer gründlichen Reform zu unterwerfen (lebsthaftes vielfaches Sehr wahr!), es zu verbilligen und zu beschleunigen. (Erneutes Sehr richtig!) Es ließ sich aber nicht machen, und die Angliederung an die Gewerbegerichte erschien als das einzig mögliche. Was den Vorsitzenden betrifft, so möchte ich dringend davor warnen, die Vorlage der Regierung zu ändern. Ich halte die Vorsitzenden der Gewerbegerichte auch für die Kaufmannsgerichte geeignet. Ueberall Kaufmannsgerichte einzurichten, ist praktisch unmöglich. Selbst in der Provinz sind von 30-70 000 Einwohnern im Laufe der Jahre nur verschwindend wenig Fälle bei den Amtsgerichten anhängig gemacht worden, die unter die Kaufmannsgerichte fallen würden. Es geht auch nicht an, alle Angestellten mit höheren Gehältern den Kaufmannsgerichten zu unterwerfen. Bankprokuristen mit hohen Gehältern können sehr wohl ihr Recht bei den ordentlichen Gerichten nehmen.

Eine weitere Frage ist, ob alle Entscheidungen über Konventionalstrafen aus der Konkurrenzklause den Kaufmannsgerichten überwiegen werden sollen. In manchen Fällen wird ja die Konkurrenzklause in geraderer sphyloartiger Weise ausgebeutet, aber andererseits ist auch die Entscheidung über solche Streitigkeiten juristisch sehr subtil, und ich würde sie nicht gern den ordentlichen Gerichten entzogen wissen. Ganz etwas anderes ist es, ob die Konkurrenzklause in einem weiteren oder einem engeren Sinne zu interpretieren ist. Für die Gehaltung der Kaufmannsgerichte als Einigungsämter liegt wohl kein Anlaß vor.

Handlungsgesellschaftenstreits sind wohl bis jetzt nicht vorgekommen. Neben dem Ausbau der Gewerbegerichte können wir uns vielleicht noch einmal später unterhalten. Was das Frauenwahlrecht anlangt, so halten wir es für ausgeschlossen, einen wichtigen Grundgesetz unsern ganzen öffentlichen Verwaltung bei einem solchen Sondergesetz zu durchbrechen. Es genügt, daß die männlichen Richter das Vertrauen des schwächeren Geschlechts besitzen. Wenn ich auch anerkenne, daß die Frau im gewerblichen Leben eine immer größere Rolle spielt, so kann ich doch schon heute erklären, daß für das Frauenwahlrecht die veränderten Verhältnisse nicht zu haben sind. Ich hoffe, daß in der Kommission alle noch vorhandenen Differenzpunkte beseitigt werden und wir schließlich noch zur Einigung kommen. (Beifall.)

Abg. Beck-Heidelberg (natl.): Wir stellen uns im allgemeinen auf den Boden der Vorlage. Obwohl wir manche Bedenken gegen die Gewerbegerichte haben, würden wir es für ein Unrecht halten, das, was den Arbeitern gewährt ist, den Kaufleuten zu verweigern. Hierbei wären wir für die Angliederung an die Amtsgerichte gewesen, doch es ist zuzugeben, daß auch Gründe für die Angliederung an die Gewerbegerichte sprechen. Die Grenze von 50 000 Einwohnern erscheint uns zu hoch, aber nur wo ein wirkliches Bedürfnis vorhanden ist, sollten Kaufmannsgerichte errichtet werden. Auf keinen Fall sollen sie Klassengerichte werden, die Gegenstände sollen nicht verschärft, sondern ausgedehnt werden. Wir sind dagegen, irgendwelche Korporationen das Wahlrecht zu übertragen. Im Frauenwahlrecht kann ich keine Gefahr erblicken, aber nach der Erklärung der Regierung werden wir auf diese Forderung wohl verzichten müssen. Aus der Konkurrenzklause entstehende Streitigkeiten können wir den Kaufmannsgerichten unterstellen. Auch ich hoffe auf eine schnelle Verständigung in der Kommission.

Abg. Hennig (konf.) erklärt, der Vorlage sympathisch gegenüber zu stehen. Der Vorsitzende müsse ein praktischer Richter sein. Die Streitigkeiten aus der Konkurrenzklause möchten seine Freunde nicht den kaufmännischen Gerichten unterstellt sehen.

Abg. Hell (Freis. Vp.). Wir sind keine Freunde von Standes- oder Sondergerichten. Nachdem aber einmal die Gewerbegerichte geschaffen sind, ist die Angliederung der Kaufmannsgerichte an sie geboten. Wir sind auch für obligatorische Gerichte. Die Frage der Zulassung von Rechtsanwälten muß noch geprüft werden, ebenso die Höhe der Berufungssumme von 300 Mark. Die Beurteilung der Streitigkeiten aus der Konkurrenzklause wird am besten den sachverständigen Kaufmannsgerichten überlassen. Für das obligatorische Proportionalwahlrecht sind wir auch wir. Ob sich das Frauenwahlrecht, für das wir an sich sind, bei dieser Gelegenheit einführen lassen, erscheint mir zweifelhaft.

Abg. Schläter (Rp.) erklärt sich im Prinzip mit der Vorlage einverstanden.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. (Außerdem erste Lesung des Servistatist.)

Schluß 5 1/2 Uhr. —

Unser neuer Kolonialkrieg.

Die deutsche Regierung hat vom Reichstag 1 1/2 Milliarden Mark für den Krieg mit den Hereros bewilligt erhalten. Der Feldzug gegen die Bondelwarts im Süden unserer südwestafrikanischen „Kolonie“, der ja auch noch keineswegs beendet ist, dürfte auch bereits ein beträchtliches Sühmchen verschlungen haben. Und da die 1 1/2 Millionen, die der Reichstag bewilligt hat, nur als erste Rate zu betrachten sind, kostet uns unser neuestes koloniales Kriegsabenteuer ein recht nettes Sühmchen.

Hinzukommt, daß diese einmalige Ausgabe auch noch eine recht erhebliche dauernde Ausgabe nach sich ziehen wird. Schon seit geraumer verlangt man ja eine Verstärkung der südwestafrikanischen Schutztruppe. Der Krieg mit den Bondelwarts und den Hereros wird nun als Argument für die dauernde Verstärkung unserer südwestafrikanischen Schutztruppe dienen, und die Mehrforderung wird vom Reichstag schwerlich abgelehnt werden. So werden sich

Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

Ingenieur Horstmann.

Komar von Wilhelm Hegeler.

(36. Fortsetzung.)

Schließlich zündete Horstmann Licht an. Wenn er die Augen offen hielt, war alles wie von der Helligkeit verbläut und in eine größere Entfernung gerückt. Sobald er sie aber schloß, stürzte sich der ganze Zug auf ihn. Und je mehr er in einen schlafenden Zustand hinüberfiel, desto wilder, kompakter, grauenvoller wurden die Spußgestalten. Er kämpfte selbst mit, im Innern des Waggons, durch dessen zerbrochene Scheiben die Wasserfluten hereinströmten. Er schlug um sich, zerstampfte die unter ihm Liegenden mit den Füßen und riß einer Frau, die vor ihm aus dem Fenster klettern wollte, die Haare aus, an denen blutige Hautstücke hingen.

Als er wieder zu sich kam, war er in Schweiß gebadet. Er versuchte in dieser Nacht nicht mehr zu schlafen, sondern brütete mit offenen Augen vor sich hin. Nun hielt er stundenlange Reden mit der Frau, die ihm in der Bahn gegenüber gesessen hatte. Er verteidigte sich selbst und führte ihre Anklagen ab absurdum. Aber seine eigne aufgeregte Phantasie gab der Frau immer neue Argumente, die ihn betreffen machten. Und immer wieder hörte er ihre Worte: „Das ist so einer, von denen Christus spricht: es wäre besser, er hinge einen Mühlstein um seinen Hals und extränkte sich.“

Jeden Morgen fühlte er sich aufs äußerste erschöpft und gebrochen, aber sobald er im Verhör stand und sich verteidigen mußte, bekam er eine fieberhafte Spannkraft und war allen Anstrengungen gewachsen.

Bis zum letzten Augenblick war er zweifelhaft gewesen, ob er zur Einweihung der Brücke zu Haus sein würde. Doch mit Miesenanstrengungen brachte er es fertig, in die vor ihm angehäufte Wirnis Klarheit zu bringen und sich für den Augenblick wenigstens zu rechtfertigen. Ohne Zweifel berührt zu haben, langte er am Mittag des Festtages in Lurigen an. Er war bleich, in seinen faltigen Bügen lagen

die tiefen Leiden begraben, die er durchgemacht hatte. Sein Körper war vollständig zermürbt von dieser doppelten Anstrengung, der geistigen Tätigkeit am Tage und den Fieberphantasien während der Nacht. Nur die Erwartung dessen, was kommen würde, gab ihm die Kraft, sich aufrecht zu erhalten.

Auf der Fahrt hatte eine neue Befürchtung ihn gepeinigt. Er bildete sich ein, seiner Brücke müße ein ähnliches Unglück passiert sein, wie der Rheinbrücke bei Szegedin.

Noch während er im schärften Trab der Pferde die gewundene Chaussee hinunterfuhr, sah er das Herz. Aber schon von weitem sah er wie ein Gespinnst aus blauen Nebelstreifen die Eisenkonstruktionen sich über die Waldbänge erheben. Und als er näher kam, stand sie da, so schön und stolz in ihrem Festschmuck, wie er sie noch nie gesehen. In riesigen Goldbuchstaben prangte über dem Fenit die Inschrift: 18 Luriger-Brücke 88. Wunde Fahnen flatterten aus der Höhe, die Pfeiler waren mit grünen Girlanden umwunden.

Eine vielhundertköpfige Menge wogte in dem engen Tal auf und nieder und umstand die Bregelbuden. Horstmann suchte einen Beamten, um sich nach dem nähesten Festprogramm zu erkundigen. Aber er fand niemand in diesem Jahrmarktsgedränge. Es war ein Stoßen und ein Quetschen bis hart an den Rand des Wassers, und nach oben bis in das Walddickicht hinein. Am meisten staute sich das Volk unter der Brücke selbst, trotz der Warnungstafel, die das Stehenbleiben an dieser Stelle verbot. Aber gerade hier hatte man den unmittelbarsten Eindruck von der riesigen Höhe. Unwillkürlich begann das Auge an den Kreuzweisen übereinander geschlagenen Eisenschienen emporzuklettern, die unten armdick und manns hoch waren, oben aber immer dünner und kürzer zu werden schienen, bis sie schließlich nur noch Stednadeln glichen. Die Leute, meist Bauern und Handwerker aus der Umgegend, staunten, schüttelten die Köpfe, lachten, stießen, um ihrer Bewunderung Ausdruck zu geben, breite Flüche aus, zeigten auf die entwaldeten Stellen der Berggründen, wo Hüben und Drüben her der Stupper ein

schwarzes Schwimmel amiesenkleiner Menschen sich bewegte.

Horstmann fühlte sich gehoben. Bei all diesen Leuten hatte sein Name noch einen guten Klang. Freilich die meisten kannten ihn nicht, sie wußten nur, daß der Baumeister ein Luringer sei, einer aus dem Bergischen wie sie alle. Als ein alter Bauer in seiner Unschuld zu wissen wünschte, wie viel die Brücke gekostet hätte, blieb er ihm die Antwort nicht schuldig. Nun trakte er auf andere tiefinnige Fragen Rede stehen. Es dauerte nicht lange, so war er von einem Haufen Neugieriger umringt und vergaß ganz die Zeit vor Eise- und Vegetierung.

Aber da bemerkte er plötzlich, wie Fluß in die Masse kam, alles zurück drängte und nach dem Berggründen startete, zu dem sich die Sägenengleise von der Brücke hinstreckten. Ein weißes Dampfwehen flatterte über den Baumkronen. Gleich darauf brach der Zug, der mit den Ehrengästen die erste Fahrt über die Brücke machen sollte, auf. Die dunklen Waggons waren mit bunten Fahnen behängt. Aus den Fenstern lehnten sich puppenhaft kleine Menschen. Im Augenblick, wo die Lokomotive den Brückenrand berührte, eine weiße Dampfwolke ausstoßend, brach ein dröhnendes Gurra los.

Im ersten Moment hatte Horstmann mit offenem Munde dagestanden, ganz erschrocken, daß er nicht mit im Zuge sei. Aber dann faßte er sich, schwenkte den Hut und schrie gleich, den andern Gurra! Weithin flüete der Stimmenhaush, immer von neuem einsetzend. Dann wurde es allmählich still.

Er plötzlich schrie ganz in seiner Nähe eine helle Stimme: Gurra der Meister! Uns' Gär, Gurra! ... Er fuhr zusammen. Da sah er, wie ein Krupp Leute, die er gleich als seine Arbeiter erkannte, sich mit ungeheurer Hippenstößen durch die Menge auf ihn zubrängte. Ein kleiner Anstreichergefell, der in seinem hellen, schlottrigen Sonntagsstaat einem Zwerge gleich, war einem andern auf den Rücken geklettert und schrie, freischend vor Aufregung, als wenn's gälte, einen Dieb zu fassen:

„Hier der Mann, de is et jeweise. De hat se gemacht!“ (Kortikums folgt.)

familiösen für diese neueste koloniale Katastrophe auf eine ganze Reihe von Millionen belaufen. Eine Kriegsschädigung aber ist bei den „Rebellen“ nicht zu holen, denn diese armen Teufel besitzen ja nichts. Man wird zur Sühne ihre armeneligen Dörfer verbrennen und ihnen wieder einmal einige gehörige Fegeln Land abnehmen. Ihr bißchen Vieh wird man den Ueberlebenden dagegen lassen müssen, wenn man sie nicht in einen neuen Hungerzustand treiben will.

Deutsch-Südwestafrika gilt als unsere beste afrikanische Kolonie, was allerdings nichts für ihre Güte, sondern lediglich von der traurigen Qualität unserer andern afrikanischen Siedlungsplätze zeugt. Das Land befindet sich nun seit zwanzig Jahren in unserm Besitz, es hat ungezählte Millionen verschlungen, es ist mit dem kostspieligsten Verwaltungsapparat ausgestattet worden, allein es ist noch immer die gleiche dünn bevölkerte Streusandbüchse, die es auch Anno 1884 war, als Deutschland in der Süderbüchse stolz seine Flagge hißte.

Um die wirtschaftliche Wertlosigkeit dieses „teuren“ kolonialen Kleinods richtig beurteilen zu können, möge man eine Reihe statistischer Zahlen würdigen, die ein Mitarbeiter des „Vorwärts“ der neuesten amtlichen Denkschrift entnimmt. Die gesamte Einfuhr nach Deutsch-Südwestafrika repräsentiert in der letzten Jahres einen Wert von 8 567 550 Mark. Die Ausfuhr bezifferte sich auf 2 212 973 Mark, so daß der Gesamtanhand 10 780 523 Mark betrug. Eine geradezu lächerliche Summe also! Ausgeführt wurde außer Tieren und tierischen Erzeugnissen im Werte von 1 023 637 Mark fast nur noch — Guano für 553 890 Mark.

Die Bedeutung Deutsch-Südwestafrikas in kommerzieller Beziehung ist also gleich Null. Und so oft man auch Gerichte von Gold- und Kupfervorkommen ausgeprengt hat — bis jetzt hat sich noch keine Gesellschaft gefunden, die diese angeblichen Mineralvorkommen auszubeuten Lust verspürt hätte.

Ebenjowenig Zukunft hat die Kolonie als Siedlungsgebiet für Arbeiter. Das ganze Land ist vegetationsarm, unfruchtbar, da ihm fast vollständig das Wasser fehlt. Die Niederschläge sind minimal. Sein einziger Fluß, der Otjomuise, fließt im südlichen Teil des Landes und ist nur zur Regenzeit verhältnismäßig reichhaltig, aber nicht einmal periodisch, die ausgetrockneten Rinnen in reizende, verheerende Ströme. Auch in der Denkschrift klagen wieder „fast alle Missionare“ über die „anhaltende Dürre“, die die Missionstationen entvölkert.

Dies ist allerdings eine Anzahl von Farmen entstanden, die Viehzucht betreiben, allein ihre Zahl ist so gering und ihre Erträge sind derartige, daß die Regierung unlängst dem Reichstag eine Vorlage unterbreitete, wonach das Reich jedem neuen Ansiedler 10 000 Mark Zuschuß bewilligen sollte.

Die wenig Anziehungskraft die Kolonie auf Ansiedler ausübt, beweist der langsame und unregelmäßige Zuwachs der weißen Bevölkerung. In erwachsenen männlichen Weissen wurden gezählt 1896 1080, 1902 2569, also Zunahme 1489. Der Zuwachs erscheint aber noch minimaler, wenn man beachtet, daß die im Jahre 1896 1896 566 betrug gegen 939 im Jahre 1902. Von den übrigen 1500 waren 54 Missionare, 277 Kaufleute und Händler, 813 Ansiedler und Farmer und 693 Handwerker und Arbeiter.

Diese Zahlen drücken den wirtschaftlichen Wert Deutsch-Südwestafrikas wohl genügend aus. Und für diese Kolonie, in der außer der Schutztruppe nur ganze 1200 Deutsche ihren Unterhalt finden, haben wir im Laufe der Jahre viele Dutzende von Millionen ausgegeben, haben die deutschen Steuergelder allein im Jahre 1904 nach dem Etat 5 416 200 Mark Reichszuschuß zu zahlen — ganz abgesehen von den diversen Millionen, die aus dem neuesten Kriegsbudget fließen!

Ueber die Ursachen der Erhebung wußte der Reichstagler nichts anzugeben. Auch der Kolonialdirektor Stübel erklärte, gleich seinem Chef nichts zu wissen. Er mußte dann aber doch im Verlauf seiner Ausführungen allenthalben Geschwätz, die zur Erklärung des Zustandes vollständig unzureichend.

Man hat sich allerdings über die interessante Bemerkung, daß unter jüdischen schwarzen Anführern die Zeit vor der Hüpfen der deutschen Flagge noch nicht verstanden hätten. Demals seien sie frei und unabhängig gewesen. Herr Dr. Stübel hätte auch gleich sagen können, was sie heute sind: des besten Teils ihres Landes und ihres Viehbesitzes beraubt, ausgezehrt, als Sklaven traktierte Kulis und Bettler!

In welchem Grade man sie ihrer Bedeckung und ihres Viehbesitzes beraubt hat, beweisen die Zahlen der amtlichen Viehzählung im Jahre 1902. Fast 800 weiße Ansiedler besitzen weit mehr Vieh, als 200 000 Eingeborene zusammen! Und gleich dem Vieh haben man ihnen auch das beste Land „abgelassen“. Die so belassenen „Arbeiter“ sind nunmehr in der Tat „Arbeiter“ in jeder Hinsicht. Die Eingeborenen wurden von den Weissen demütig ausgebeutet, daß die Regierung bei der Überdörfer geschwätzten Sünden nachher nicht da erheben die hundert Händler und Farmer ein solches Geschrei, daß die Regierung ihre Hände wegnehmen mußte und es bei einem unzulänglichen „Ausgleich“ belassen hat.

Eine Erklärung für die wirtschaftliche Ausbeutung der Hereros durch die hundert Händler liefert ein Artikel der „Vorwärts“, dessen Verfasser nur 8 Minuten Deutsch-Südwestafrika berührt und behauptet, welcher sich gegen die Händler bei der Eingeborenen anschaut. Die Eingeborenen hätten sich „verderben und zugrunde gehen“ lassen, nur aus ihrer Ausbeutung gegen die Händler hätte sie kein Geld gemacht. Diese Händler hätten mit ihrer unheimlichen Schamlosigkeit die Eingeborenen um ihr Leben und die Hälfte ihrer Vermögenswerte gebracht. Das ganze Volk der Hereros habe sich dem auch „unendlich unzulänglichen“ Ausgleich und Ber-

„Geldung in fortgesetzter Verarmung“. Es sei daher die höchste Zeit, daß eine Reform des Händlerwesens durchgeführt werde.

Trotz der von Herrn Dr. Stübel selbst eingestandenem Tatsache der Ausbeutung der Hereros besaß Herr Liebermann v. Sonnenberg die dreiste Stirn, gegenüber den Ausführungen des Genossen Bebel zu behaupten, die Hereros, deren Vieh sich angenommen, seien Diebe, Räuber und Mörder. Dieser Antisemitisch, dessen Spezialität es ja wohl ist, sich über jüdischen Landwucher stüllich zu entrüsten, findet also die skandalöse Ausweitung wehrloser Eingeborener durch arisch-tenische Viehhändler ganz in der Ordnung!

Aber auch für die Behauptung, die Hereros seien Diebe, Räuber und Mörder, wird der Antisemitenhüpfen nicht die Spur eines Beweises beibringen können. Nach der Kriminalstatistik der neuesten Denkschrift über Südwestafrika wurden nämlich im Jahre 1902 in der ganzen Kolonie wegen Eigentumsvergehen, Raub, Erpressung, Brandstiftung usw. insgesamt 516 Eingeborene bestraft. Das sind 0,25 Prozent. Wegen der gleichen Vergehen wurden 28 Weisse bestraft, das macht bei einer weißen Bevölkerung von 4635 Köpfen 0,60 Prozent. Unter den Weissen war also die Zahl der Diebe prozentual mehr als doppelt so groß, als unter den Eingeborenen!

Noch viel schlechter schneiden die Weissen ab, wenn man die Verbrechen und Vergehen wider die Person in Betracht zieht. Solcher Vergehen wegen wurden 1902 ganze 17 Eingeborene verurteilt, also auf je 11 764 Personen einer! Die Zahl der wegen dieser Verbrechen verurteilten Weissen beträgt dagegen 10, das macht auf je 463 Personen eine Verurteilung! Man sieht also, wo in Südwestafrika die Diebe und Räuber zu suchen sind, um einmal in der Liebermann v. Sonnenbergischen Verallgemeinerung zu sprechen!

Die Eingeborenen an sich sind eher zahm und friedliebend, als rüberisch und kriegerisch. Außer dem Krieg gegen die Witbois war nur dreimal in den zwanzig Jahren Krieg zu führen; einmal gegen die Bondelwaris, einmal gegen die Swartbois und einmal gegen die Hereros. Es scheint also, als ob die Gärung langsam um sich gefressen habe, um sich endlich mit voller Wucht zu entladen. Denn diese Erhebung betrifft alle übrigen weissen an Festigkeit und Zahl der Beteiligten. Erklärte doch Graf Bülow, daß dieser Zustand bereits jetzt die kolonialistische Tätigkeit eines ganzen Jahrzehnts vernichtet habe. Das trifft zu, ist das Anstaltsgebiet doch das besiedelteste, weist doch der Bezirk Windhut allein 78 Farmen auf, die weitaus größte Zahl von sämtlichen Bezirken.

Und jetzt soll, nachdem blutige Bergeltung an den armen Teufeln von hungrigen Schwarzen geübt, die famose Kolonisationsarbeit von neuem aufgenommen werden — auf Kosten der deutschen Steuergelder, der deutschen arbeitenden Klasse, die künftig statt 5 1/2, wahrscheinlich 7 Millionen jährlichen Zuschuß leisten soll! Man komme uns nur ja nicht mit der „zivilisatorischen“ Tätigkeit. Wie die „Missions“ berichtet aus dem Hereros-Land folgendermaßen:

„Besonders Laster und Trunksucht herrschen in hohem Grade. Jeder hat ein Weisse nicht allein schlechte Vorbilder in dieser Beziehung, sondern auch direkte Verführer. Sene-rijische Krankheiten haben in bejournisvergebender Weise um sich gegriffen...“

„Sehr bedauerlich ist es, daß es hier in weiten Kreisen üblich ist, eingeborenen Arbeiter den Genuß von Branntwein regel-mäßig anzugewöhnen...“

Schnaps und Syphilis, das sind auch hier die Kulturgüter, die man den Eingeborenen neben der Rillpferdpeitsche gebracht hat! Die Beglückten zahlten dafür mit ihrem Land und ihrem Vieh!

Zur direkten oder indirekten Förderung solcher Kolonialpolitik bewilligt die Sozialdemokratie nie und nimmer einen Mann oder einen Groschen! —

Soziales.

Wie die Weber leben. Unser Zweikamer Partei-Blatt, das mitten im Bereich der Textilindustrie erblüht, steht sich zu folgender Warnung gezwungen: „Welchen Gefahren für Gesundheit und Leben sich gerade der Kernteil unserer Arbeiter aussetzen muß, beweist die Tatsache, daß bei einem von einem Arbeiter (im Rahmen St. Michaels, eine Stunde von Jülich entfernt) am Sonnabend geschlachteten Hund durch den Tierärzter Herr König in 28 Präparaten sechs Stück ganz reine Bienen eine Trichinen vorgefunden wurden. Dieser Hund wurde, weil vom Roggenstängel ge-klüftet, unterworfen; wie oft werden aber Hunde von armeren Familien selbst geschlachtet und gegessen. Daher Vorsicht!“

SW. Eine charakteristische Antwort. In der Stadt Sotha schämen sich die dortigen Köchinnen außerordentlich bedauern durch die Konfurrenz, welche ihnen die mit allen modernen Hilfsmitteln der Technik ausgestattete Kantine des Konsumvereins macht. Sie wandten sich um Hilfe an das Ministerium und baten um eine Anweisung in dieser Angelegenheit beim Regenten. Welche Antwort sie von dem Regenten erhielten, das erzählte einer der delegierten Köchinnen in einer Zusammenkunft, die in der verlassenen Kirche in Sotha stattfand. Der Regent habe die Bittstellerin an, ließ sich die Verhältnisse genau erklären und sagte dann kurz und bündig: „Errichten Sie auch eine Genossenschaft und schaffen Sie sich die gleichen modernen Hilfsmittel an wie die Bäckerei des Konsumvereins!“

SW. Die Vorlage des Kleinhandels wird zu-nehmend beleuchtet durch eine genaue Aufstellung des Konsum-

vereins zu Holzwinden. Durch eine Eingabe hatte nämlich der Kaufmännische Verein bei der Stadtverwaltung das Verbot des Beitritts von städtischen Angestellten zu Konsumvereinen verlangt, und daraufhin wurde festgestellt, daß von 1871 bis 1890 die Einwohnerzahl der Stadt von 5932 auf 8921, d. i. um 50 Prozent, gestiegen ist. In der gleichen Zeit vermehrten sich dagegen die Geschäfte in Materialwaren von 10 auf 33, in Tuch- und Modewaren von 4 auf 11, in Posamenten von 2 auf 11. Ueberhaupt neu kamen noch hinzu 4 Zigarren- und 2 Luxuswarengeschäfte. Mithin betrug die Zunahme der Geschäfte von 16 auf 61, also 281 Prozent. Im Jahre 1871 kam ein Betrieb erst auf 371 Menschen, 20 Jahre später aber schon auf 146 Einwohner. Beachtenswert ist auch folgendes Ergebnis dieser Erhebung: Von den Inhabern der Geschäfte waren nur 40 bis 42 gelehrte Kaufleute. —

Das Submissionswesen treibt nicht bloß sonderbare Blüten, sondern wird, wie Eingeweihte wissen, vielfach zu Betrügereien gegen den Fiskus und die Gemeinden benutzt. Einen solchen Submissionschwindel deckte ein Zivilprozeß auf, der am 6. Oktober 1903 vor dem Oberlandesgericht Posen entschieden worden ist. Der Sachverhalt ist nach der Zeitschrift „Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte“ folgender:

Eine Eisenbahninspektion hat eine Anzahl Unternehmer zur Abgabe von Submissionsangeboten auf auszuführende Arbeiten aufgefordert. Der Mindestfordernde erhielt den Zuschlag. Damit war diese Angelegenheit für den Eisenbahn-fiskus und die Öffentlichkeit erledigt. Hinter den Kulissen hat sich aber folgendes abgespielt: Die ehrenhaften Herren Unternehmer hatten vereinbart, daß einer von ihnen eine bestimmte Summe fordere, die andern aber bedeutend mehr fordern sollten. Dieses Manöver mußte zur Folge haben, daß der erstere den Zuschlag erhielt. Dafür sollte er seine Helfershelfer durch Zahlung bestimmter Summen entschädigen. Daß er dies aus eigener Tasche tun sollte, ist nicht anzunehmen, vielmehr hat er die Entschädigungssummen sicher seiner „Mindestforderung bei Abgabe seines Gebots“ zuge-schlagen, und das Resultat ist dieses, daß der Eisenbahn-fiskus nicht bloß von einem, sondern gleich von einer ganzen Anzahl Unternehmer geschädigt worden ist.

Dieser raffinierte Schwindel wäre natürlich wie so tausende anderer Fälle vor der Öffentlichkeit verborgen geblieben — wenn in diesem Falle nicht das Sprichwort von den betrogenen Betrügnern zur Wahrheit geworden wäre. Der bevorzugte Unternehmer glaubte nämlich die Gelegenheit benutzen zu sollen, um sich einen Extraprofit durch Nicht-zahlung der versprochenen Entschädigungen an seine Kollegen zu verschaffen. Diese erhoben Klage und boten damit einen neuen Beitrag zu dem Kapitel von der Unentbehrlichkeit der Unternehmer und ihrer Moral.

Das Oberlandesgericht wies die Klage der betrogenen Betrüger ab, weil die ganze Verabredung auf Täuschung des Eisenbahnfiskus hinausläuft, § 270 des preussischen Strafgesetzbuchs verstieß und deshalb un-sittlich sei. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. Januar 1904.

Die fünf Mitglieder-Versammlungen, die der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins zum Mittwoch abend in den verschiedenen Stadtteilen einberufen hatte, waren durchweg gut besucht. Die reichhaltige Tagesordnung, die in allen Versammlungen die gleiche war, wurde glatt erledigt. Die Diskussion war hier und da lebhaft, hielt sich aber in den gezogenen Grenzen.

Folgende Berichte gingen uns zu:

In der Versammlung in der

„Herbster Bierhalle“

erklärte Genosse Zeising den Geschäftsbericht. In der Diskussion wurde der Bericht gemacht, in der nächsten Versammlung die Mitglieder des Vereins nach Berufsgruppen geordnet bekannt zu geben. Der Bericht des Bezirksfiskalers gab Genosse Höst. Einwendungen wurden nicht erhoben. Bei der Wahl von zwei Kommissionsmitgliedern zur Revision des Statuts entspann sich eine lebhaft, teilweise heftige Debatte, in der auch über die Anstellung resp. Beibehaltung der Redakteure der „Volkstimme“ gesprochen wurde. Gewählt wurden schließlich in die Statutenberatungskommission die Genossen S. und H. Als Revisor wird Genosse L. gewählt. Nachdem die Parteiprotokolle abgelesen, mußten die übrigen Punkte von der Tagesordnung abgesetzt werden, wegen der vorgerückten Zeit. Schluß der Versammlung 1 Uhr. —

In „Dreikaiserbund“

gaben die Genossen Großkopf und Viktorius zum Vorstandsbericht noch einige Erklärungen. Aus dem Bericht des Bezirksfiskalers geht hervor, daß in der Nacht am 1. Juli 1903 293 Mitglieder vorhanden waren. Bis zum 1. Januar 1904 hatte sich die Mitgliederzahl auf 338 gehoben. Zu Mitgliedern der Statutenberatungskommission werden nach einigen Erklärungen der Genossen Viktorius über die beabsichtigten Ergänzungen des Statuts die Genossen Brandes, Deike, Haupt und Gorgas gewählt. Nachdem Genosse Fabian die Schwerfälligkeiten geschilfert hat, die unsre Vertreter in der Zentralkommission mit der Erledigung der dringendsten Parteiarbeit gefunden haben, wird beschlossen, unsre Vertreter aus der Zentralkommission zurückzuziehen. Unter „Verschiedenes“ verurteilte Genosse Deike die in einem Versammlungsbericht aus der Alma Reußel gegen die jetzige Redaktion der „Volkstimme“ erhobenen Vorwürfe.

Die Genossen Viktorius, Deike und Jäger protestieren dagegen, daß Genosse Wendland die Meinung eines einzelnen als die Gesamtsmeinung des Distrikts darzustellen versucht hat. Es wird allgemein gewünscht, daß künftig Berichte über Verhandlungen in irgend einem Distrikt überhaupt nicht mehr zum Abdruck gebracht werden sollen.

Genosse Schneider wünscht, daß seiner Tisch gemacht wird. Die Angelegenheit mit dem Graphischen Gefangenen soll bis zur Generalversammlung vertagt werden. Nachdem Genosse Großkopf zur regen Beteiligung an der Arbeitslosenabteilung aufgefordert, wurde die Versammlung gegen 11 Uhr geschlossen. —

In „Thalia-Saal“

in Baden ergrünte den Vorstandsbericht Genosse Richter, während Genosse Ebeling den Kassenericht gab. Über die Revision des Statuts erklärte sich die Versammlung einverstanden. Zur Statutenberatungskommission wurden die Genossen Kugner und Juk, als Revisor Genosse Ebeling gewählt. Mit der Anstellung des Zentral-kassiers war man nach Abstimmung der Gründe zufrieden. Gewünscht wurde in nächster Zeit eine Hausgenossenschaft für die „Volkstimme“ und zur Revision von Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins zu entsenden.

Die Mitglieder der Wilhelmstadt faßten im „Luisenpark“

folgende Beschlüsse: Alle vier Wochen Bezirksversammlungen abzuhalten. Dieselben finden jeden Dienstag im Monat regelmäßig im „Luisenpark“ statt.

Im „Weißen Hirschen“

wurde zunächst der Geschäftsbericht noch einmal verlesen. Zum Bericht des Bezirksstellers wurde von Gen. Giesele der Wunsch geäußert, die Mitglieder des Vereins nach Berufen anzugeben.

Hiernach darf man wohl annehmen, daß durch die Vorarbeiten in den Bezirksversammlungen der am 27. Januar stattfindenden Generalversammlung ein gut Teil Arbeit vorweggenommen ist.

Der „parteiöffentliche Schwindler“

wie wir mitgeteilt haben, in Magdeburg einen Parteigenossen um 30 Mark prellte und dasselbe Stückchen in Bremen probierte, hat auch andre Städte heimgesucht und mit dem Beerdrigungstreife- und Plünderungsmärchen Geld erlangt.

Gäthe f. Bt., als wir es deutlich verlangten, die Parteipresse unsere Warnung sofort nachgedruckt und hätte insbesondere der „Vorwärts“ der Sache etwas mehr wie zwei Zeilen Raum gewidmet.

Das Schuldkonto der Sozialdemokratie ist durch die heldenhafte Beendigung des Kampfes in Crimmitschau wieder erheblich gewachsen.

Wie oft darf die Polizei die Mitgliederlisten einfordern? Wiederholt hat sich das Kammergericht mit dieser für Vereinsvorstände wichtigen Frage beschäftigt.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins zu Garburg a. d. Elbe, hatte seinerzeit gleich nach Gründung des Vereins der Polizei ein Mitgliederverzeichnis eingereicht und es sind der Polizei auch jetzt die Veränderungen im Mitgliederbestand angezeigt worden.

Auf die Revision, die Rechtsanwält Dr. Karl Siebnacht eingehend vor dem Kammergericht begründete, hob das Kammergericht die Vorentscheidung auf und verwies die Sache mit folgender wichtigen Begründung an das Landgericht Stade zurück:

Es gäbe allerdings Fälle, wo es zulässig sei, daß die Polizei ein weiteres Verzeichnis erfordere, obwohl der Verein seiner Rechtspflicht bereits nachgekommen sei.

Nichtung, daß andre als Mitglieder der Polizei gelten, die nicht im Verzeichnis stehen. Das genüge nicht zur Beurteilung des Angeklagten.

Die Vereinsvorstände, namentlich die von sozialdemokratischen Vereinen, tun gut daran, sich diese Entscheidung aufzuheben, um sie gelegentlich allzu bequemen Polizeibehörden unter die Nase zu halten.

Der unpraktischste Bahnhof der Welt

der Magdeburger nämlich — soll jetzt endlich einer „Reformierung“ unterzogen werden. Nach dem soeben erschienenen preussischen Etat plant man folgende Veränderungen: Der Zugang der Reisenden soll nach Fertigstellung der erforderlichen Bauten in Zukunft nur noch durch das Empfangsgebäude an der Wilhelmstraße erfolgen.

Auf dem Hauptbahnhof Magdeburg sind aus der Zeit der Privatbahnen noch zwei Empfangsgebäude vorhanden. Im östlichen dieser Gebäude genügen die Abfertigungsräume, die Eingangshalle und der nur 4,5 Meter weite, zu den Bahnsteigen und dem westlichen Empfangsgebäude führende Personentunnel wegen der unvermeidlichen Gegenströmungen zwischen den ankommen und abgehenden Reisenden nicht mehr, um den sich fortwährend steigenden Personenverkehr ordnungsmäßig abzuwickeln.

Ob damit der Zweck erreicht wird, erscheint uns sehr fraglich. Wenn die halbe Million verbaut ist, wird sich erst recht die Notwendigkeit eines Neubaus herausstellen.

Verstaatlichung der Magdeburger Baugewerk- und Maschinenbauerschule

Die Baugewerkerschule in Magdeburg soll verstaatlicht werden. Die Stadt hat sich verpflichtet, zu den Kosten zur Unterhaltung der Schule einen festen Jahreszuschuß von 20 000 Mark zu zahlen.

Für die Maschinenbauerschule in Magdeburg, die ebenfalls am 1. April 1904 verstaatlicht wird, ist ein Mehrbetrag von 33 400 Mark eingestellt.

Bücherverkauf an Winterjährige

Der Verlagsbuchhandlung Fern. Bahn, deren Geschäftstreibende hiesigen Lehrlingen teure fachwissenschaftliche Werke aufgebrängt hatten, gibt ihre Ansprüche an die unmündigen Besteller auf. Sie schreibt:

Berlin, den 20. Januar 1904. An das Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.

Ein Anweisung an die Reisenden, nur von solchen Personen Aufträge entgegenzunehmen, die rechtsfähig sind, dürfte am Plage sein.

Im übrigen bemerken wir, daß alle im Buchhandel befindlichen Werke am besten durch die Buchhandlung Volkshilfe in me von unsern Lesern bezogen werden können.

„Fette Pfänder“. Für Militärämter im Bezirk des 4. Armeekorps sind folgende Stellen frei. Sofort: Osterburg, Amtsgericht: Kanzleihilfe, 5—10 Bfl. für jede gelieferte Seite Schreibarbeit.

Magdeburg, den 20. Januar 1904. An das Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.

Bei Franz Eiling, Magdeburg und Theodor Krus, Dessau. Von dem Inhalt Ihrer gef. Zuschriften vom 8. und 12. cr. nahm ich besten Kenntnis und sehe demnach naturgemäß von der Befreiung der Werke an genannte minderjährige Verkäufer ab.

Eine Anweisung an die Reisenden, nur von solchen Personen Aufträge entgegenzunehmen, die rechtsfähig sind, dürfte am Plage sein.

Im übrigen bemerken wir, daß alle im Buchhandel befindlichen Werke am besten durch die Buchhandlung Volkshilfe in me von unsern Lesern bezogen werden können.

„Fette Pfänder“. Für Militärämter im Bezirk des 4. Armeekorps sind folgende Stellen frei. Sofort: Osterburg, Amtsgericht: Kanzleihilfe, 5—10 Bfl. für jede gelieferte Seite Schreibarbeit.

Magdeburg, den 20. Januar 1904. An das Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.

Bei Franz Eiling, Magdeburg und Theodor Krus, Dessau. Von dem Inhalt Ihrer gef. Zuschriften vom 8. und 12. cr. nahm ich besten Kenntnis und sehe demnach naturgemäß von der Befreiung der Werke an genannte minderjährige Verkäufer ab.

Eine Anweisung an die Reisenden, nur von solchen Personen Aufträge entgegenzunehmen, die rechtsfähig sind, dürfte am Plage sein.

Im übrigen bemerken wir, daß alle im Buchhandel befindlichen Werke am besten durch die Buchhandlung Volkshilfe in me von unsern Lesern bezogen werden können.

Magistrat: Polizeiergeant, zugleich Rdt. Polizeibeamter, Kautions 100 Mark, Gehalt 1000 Mark, 50 Mark Kleingeld und 100 Mark Nebeneinkünfte.

Das Circus-Theater war bei der gestrigen Nachmittagsvorstellung (Hänel und Gretel) total ausverkauft. Die kleinen Zuschauer überschätzten die Darsteller der ersten und heiteren Rollen mit Beifall.

Für die Crimmitschauer Textilarbeiter

- gingen ferner ein: Extraktanz Maschinenbau, Hohendobeleben 7,60. Zentralverein der Wäcker, Magdeburg, 8. Rate 25.— Holzarbeiter, Westerbahn 3.—

Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.

Provinz und Umgegend.

Fernersleben, 21. Januar. (Wählerlisten.) Die Wählerlisten für die Wahlen zur Gemeindevertretung liegen von heute bis zum 26. Jan. im hiesigen Gemeindebüro während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Mehrsleben, 21. Januar. (Gewerbegericht.) Im Jahre 1903 wurden 54 Klagen anhängig gemacht. Hieron 51 von Arbeitnehmern und 3 von Arbeitgebern.

Mehrsleben, 21. Januar. (Stadtverordnetenversammlung.) Es fanden zunächst die Wahlen des Vorsitzenden sowie stellvertretenden Vorsitzenden statt, wobei die bisherigen Inhaber der Stellen wiedergewählt wurden.

Mehrsleben, 21. Januar. (Gemeindevertretung.) Die Angelegenheit betreffs Pflasterung der Chauffee von Sandage bis zum Friedhof wurde verlegt, da die Gemeindevertreter den Auftragsvertrag beauftragt haben, erst nachzutragen, ob die Gemeinde die Hälfte der Kosten, nämlich 4000 Mark, zu zahlen verpflichtet ist.

Mehrsleben, 21. Januar. (Gemeindevertretung.) Die Angelegenheit betreffs Pflasterung der Chauffee von Sandage bis zum Friedhof wurde verlegt, da die Gemeindevertreter den Auftragsvertrag beauftragt haben, erst nachzutragen, ob die Gemeinde die Hälfte der Kosten, nämlich 4000 Mark, zu zahlen verpflichtet ist.

Mehrsleben, 21. Januar. (Gemeindevertretung.) Die Angelegenheit betreffs Pflasterung der Chauffee von Sandage bis zum Friedhof wurde verlegt, da die Gemeindevertreter den Auftragsvertrag beauftragt haben, erst nachzutragen, ob die Gemeinde die Hälfte der Kosten, nämlich 4000 Mark, zu zahlen verpflichtet ist.

Mehrsleben, 21. Januar. (Gemeindevertretung.) Die Angelegenheit betreffs Pflasterung der Chauffee von Sandage bis zum Friedhof wurde verlegt, da die Gemeindevertreter den Auftragsvertrag beauftragt haben, erst nachzutragen, ob die Gemeinde die Hälfte der Kosten, nämlich 4000 Mark, zu zahlen verpflichtet ist.

Mehrsleben, 21. Januar. (Gemeindevertretung.) Die Angelegenheit betreffs Pflasterung der Chauffee von Sandage bis zum Friedhof wurde verlegt, da die Gemeindevertreter den Auftragsvertrag beauftragt haben, erst nachzutragen, ob die Gemeinde die Hälfte der Kosten, nämlich 4000 Mark, zu zahlen verpflichtet ist.

Mehrsleben, 21. Januar. (Gemeindevertretung.) Die Angelegenheit betreffs Pflasterung der Chauffee von Sandage bis zum Friedhof wurde verlegt, da die Gemeindevertreter den Auftragsvertrag beauftragt haben, erst nachzutragen, ob die Gemeinde die Hälfte der Kosten, nämlich 4000 Mark, zu zahlen verpflichtet ist.

Schutzmänn angepöckelt und am Arme geschüttelt. Er sollte sich nicht mehr in dieser Straße blicken lassen. Der Schutzmänn kannte ihn und habe gewußt, daß er kein Textilarbeiter sei. Auch sei niemand weiter auf der Straße gewesen.

Der Angeklagte hatte zu seiner Entlastung noch mehrere Zeugen laden lassen. Der Gerichtshof lehnte die Vernehmung der Zeugen ab, da die Sachlage genügend geklärt sei. Wegen Verleumdung in zwei Fällen wurde der Angeklagte zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Der Form nach soll der Angeklagte sich der Verleumdung schuldig gemacht haben.

Der Weber **W. P. H.** hatte vereint mit einem Kollegen die arbeitswillige Fabrikarbeiterin **Bräunlich** aufgefunden, um dieselbe zu veranlassen, die Arbeit einzustellen. Bei dieser Gelegenheit hat er die Worte geäußert: „Schämen Sie sich da nicht, zwischen Raupenhelmen auf Arbeit zu gehen! Es ist eine Schande, wenn Sie arbeiten und Ihren Schweftern nebst Brüdern in den Rücken fallen.“ Er wäre beinahe der Grimmitzhauser Justiz entgangen, denn die angeblich Verleumdete erklärte: Ich fühle mich nicht beleidigt! Ich will nicht haben, daß der Mann bestraft werde, ich habe auch keinen Strafantrag gestellt. Der Fabrikant **Böttger** hat es gemacht. Der Anwalt beantragte eine hohe Strafe wegen Vergehens gegen § 153 G.D. Urteil: 4 Tage Gefängnis.

Bemerkenswert von den Verhandlungen dieses Tages ist auch noch eine, die einen im Reichstag und sächsischen Landtag erörterten Fall behandelt. Der arbeitswillige **Lorenz** aus Frankenhäusen hatte bei einem **Lanzberg** in einem Gasthof unter höhnischen Zurufen des Publikums allein tanzen müssen. Die Musik sollte dabei einen Lusch gebläsen haben. Dieser hatte gegen einen gewissen **Otto** und den Musikdirektor **Werner** Strafantrag gestellt, außerdem noch durch Rechtsanwalt **Vieze** Privatklage gegen **Werner** erhoben. Durch eine umfangreiche Zeugenvernehmung wurde die Unschuld der Angeklagten bewiesen. Der Gerichtshof sprach beide frei.

Wir fürchten, der arbeitswillige wird auch in Zukunft allein tanzen. Schließlich geht es doch selbst in Grimmitzschau nicht so weit, daß man anständige Arbeiter zwingen kann, mit arbeitswilligen zusammen zu tanzen.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die **Schneider** in Elberfeld riefen heute, Dienstag, wegen ihrer Differenzen mit den Konfektionären das Gewerbegericht als Einigungsamt an. Scheitern die Verhandlungen, so sollen sämtliche Geschäfte boykottiert werden. — Die **Steinfelder** im Boglande wurden mit ihren berechtigten Forderungen abgewiesen. — Die **Buchbinder** in Düsseldorf erreichten eine teilweise Verkürzung der Arbeitszeit und eines Minimallohns, in einigen Geschäften sogar Lohnzuschüssen. In Hannover haben die **Chemiker** ihr Wort gebrochen, weshalb die Gehälter den versprochenen Tarif nicht erhielten. Erreicht wurde in der jetzt beendeten Lohnbewegung eine Erhöhung des Minimallohns um 3 Mark sowie ein fester Lohn für Arbeiterinnen. Dafür hätten sie jedoch zum Teil die Bezahlung der Feiertage ein. In Bonnort er kämpften sie sich den Reueinstandtag mit einigen Verbesserungen im Betriebe. — Die **Glasarbeiter** in Jülich werden durch unbillige Preisrückstellungen, wie die **M. P.** meldet, in Konflikte gedrängt. Sie fordern den Magistrat auf, weiteren Lohnabzügen ebenf. vorzubeugen. Es betragen nämlich die Löhne 6, 7—16 Mark pro Woche; jährlich 692 Mark im Durchschnitt. Trotzdem sind in mehreren Spiegelglasfabriken Lohnabzüge gemacht worden. — Ueberall arbeitet man für uns!

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. Januar 1904.

— **Wegen tödlichen Angriffs auf einen Wachtposten** hatte sich am Mittwoch der Kürassier **Wilhelm Machholz** von der 1. Eskadron 7. Kür.-Reg. zu verantworten. M. hatte von einem andern Kürassier, der in der Kaserne auf Wache stand, eine Gefälligkeit verlangt, die dieser nur durch Verlassen des Postens hätte ausführen können. Da der Wachthabende sich weigerte, dem Verlangen Folge zu geben, vergriff sich M. tödlich an demselben. Das Kriegsgericht der 8. Division strafte den Angeklagten mit 1 Jahr Gefängnis. Der Gerichtsherr hatte Verurteilung eingelegt, weil das Strafmaß zu niedrig, der Angeklagte, weil es ihm zu hoch dünkte. Das Urteil des Oberkriegsgerichts lautete auf 2 Jahr Gefängnis. Der Angeklagte will hiergegen Berufung einlegen.

— **Schiffsunfall.** Am Mittwoch nachmittag gegen 5 Uhr geriet in der Nähe der Königsbrücke ein stromabwärts schwimmender Kahn mit dem Steuer gegen das Land, wodurch der das Steuer führende Schiffer über Bord geschleudert wurde. Während der Rettungsarbeit trieb der Kahn an Land und wurde stark beschädigt. Der ins Wasser gefallene Steuermann wurde glücklicherweise gerettet.

— **Volkstümlicher Vortrag.** Stadtdirektor **Dr. Reuher** sprach am Mittwoch vor einer zahlreichen Zuhörerschaft in der Aula der Augustaschule über Magdeburg in der Franzosenzeit. Der Vortragende befaßte sich der größten Objektivität, weshalb dieser Vortrag vorteilhaft von dem des Herrn Oberlehrer **Dr. Nordmann** vom 6. Januar abfiel. Redner schenkte sich nicht, das jervolle Verhalten vieler preussischer Beamten, die während der Franzosenzeit hier in Magdeburg noch französischer als die Franzosen selbst waren, zu schildern. Auch die Art, wie Magdeburg ohne Schwertstreich dem Feinde übergeben wurde, fand die richtige Würdigung. Der Vortrag selbst wurde beifällig aufgenommen.

Zur Arbeitslosenzählung.

Am nächsten Sonntag findet eine Zählung der Magdeburger Arbeitslosen nach folgendem Plane statt:

Die Zähler versammeln sich morgens präzis 7,8 Uhr in folgenden Zähllokalen:

Zählbezirk **Südau:** „Thaliasaal“, Dorotheenstraße;

Zählbezirk **Südend:** „Berthel's Bierhalle“, Schöningerstraße;

Zählbezirk **Wilhelmstadt:** „Luisenpark“, Spielgartenstraße;

Zählbezirk **Neue Neustadt:** Restaurant **Aug. Bartels**, Fabrikstraße;

Zählbezirk **Alte Neustadt:** Restaurant **W. H. Badenmacher**, Ottenbergstraße;

Zählbezirk **Freidrichstadt mit Werder:** „Bürgerhalle“, Knochenhauerufer 27;

Zählbezirk **Obere Altstadt:** Restaurant **Aug. Mollenhauer**, Ecke Molke- u. Kaiserstraße;

Zählbezirk **Untere Altstadt 1** (vom Alte Markt aus links der Jakobstraße): „Bürgerhalle“, Tischlertrug- und Grünearmstraßen-Ecke;

Zählbezirk **Untere Altstadt 2** (rechts der Jakobstraße): Restaurant **Gust. Böhm**, Al. Klosterstraße 15/16.

Wir ersuchen alle Genossen und Genossinnen hierdurch nochmals unter allen Umständen, an der Zählung teilzunehmen. Die ganze Arbeit ist in zwei Stunden bequem zu erledigen, wenn genügend Personen zur Stelle sind.

Jeder Zähler begibt sich in das ihm zunächst gelegene Zähllokal, wo er seine Instruktionen und das Material empfängt. Die Zählung selbst beginnt präzis 8,15 Uhr. Sie erstreckt sich auch auf die mit verkürzter Zeit Arbeitenden. Die Zählkarten selbst sind in korrekter Weise auszufüllen. Wir bitten, auf genauen und korrekten Angaben unter allen Umständen zu bestehen, da jede einzelne Karte vom Statistischen Amt auf ihren Inhalt genau kontrolliert wird. Die Zählkarten enthalten folgende Fragen:

Magdeburger Arbeitslosenzählung am 24. Januar 1904.

Wohnung: _____ Straße Nr. _____

bei _____ (Name des Haushaltungsvorstandes).

1. Vor- und Zuname: _____

2. Geboren am _____ 18 _____ in _____

3. Tag des letzten Zugzugs nach Magdeburg (auch für geborene Magdeburger, die nicht ununterbrochen hier wohnten): _____

4. Familienstand: ledig, verheiratet oder verheiratet gewesen? (Zutreffendes zu unterstreichen.)

5. Für Verheiratete: a) Lebt die Ehefrau im Hause (ja oder nein)? _____ b) Ist dieselbe erwerbstätig (ja oder nein)? _____ c) Art der Tätigkeit: _____

6. Zahl der im Haushalt lebenden Kinder des Arbeitslosen _____ davon erwerbstätig _____

7. Seit wann (Jahr, Monat, Tag) arbeitslos? _____

8. Zuletzt beschäftigt bei (Name, Wohnung und Gewerbe des letzten Arbeitgebers) _____ als _____ vom _____ bis _____

9. Grund der Entlassung: _____

10. Welcher Krankenkasse gehörten Sie zuletzt als versicherungspflichtiges Mitglied an? _____ Sind Sie in dieser noch als Selbstzahler versichert (ja oder nein)? _____

11. Sind Sie gegenwärtig arbeitsunfähig (ja oder nein)? _____

12. Welcher Organisation gehören Sie an? _____

13. Bester Beruf: _____

Adresse des Zählers: _____

Arbeiter mit verkürzter Arbeitszeit.

Magdeburg, am 24. Januar 1904.

Wohnung: _____ Straße Nr. _____

bei _____ (Name des Haushaltungsvorstandes).

1. Vor- und Zuname: _____

2. Geboren am _____ 18 _____

3. Familienstand: ledig, verheiratet oder verheiratet gewesen? (Zutreffendes zu unterstreichen.)

4. Für Verheiratete: a) Lebt die Ehefrau im Hause (ja oder nein)? _____ b) Ist dieselbe erwerbstätig (ja oder nein)? _____ c) Art der Tätigkeit: _____

5. Zahl der im Haushalt lebenden Kinder _____, davon erwerbstätig _____

6. Beschäftigt bei (Name, Wohnung und Gewerbe des Arbeitgebers) _____ als _____ seit _____

7. Welcher Organisation gehören Sie an? _____

8. a) Wieviel Stunden in der Woche arbeiten Sie bei vollem Betriebe: _____ b) Wieviel Stunden haben Sie gearbeitet in der Woche vom 3. bis 9. Januar: _____ vom 10. bis 16. Januar: _____ vom 17. bis 23. Januar: _____

Adresse des Zählers: _____

Als Zähler werden circa 900 Personen erforderlich sein. Jeder Zähler bringt sein Material, nachdem er die auf seinem Lose verzeichneten Wohnungen abgefragt hat, so gleich in das Zähllokal zurück. Hier stellen die Bezirkszähler das Resultat zusammen und bringen dieses nebst allem Material nach dem Zentral-Zähllokal **Südau**, Al. Klosterstraße 15/16.

Es dürfte sich empfehlen, wenn jeder Zähler sein Notizbuch oder doch einen Gegenstand zur Zählung mitbringt, der ihm als Scheinunterlage beim Ausfüllen der Zählkarten dienen kann.

Im Zähllokal wird dem Zähler ein **Los**, auf welchem die Wohnungen, die er abfragen soll, genau angegeben sind, eingehändigt. Daneben erhält er eine Karte, auf der er seine genaue Adresse, Organisationszugehörigkeit, die Zahl der ermittelten Arbeitslosen usw. angeben muß. Ferner erhält er genügend viel Zählkarten. Sämtliches Material muß nach vollzogener Zählung sofort an den Bezirkszähler im Zähllokal zurückgegeben werden. Dies ist auch dann unbedingt notwendig, wenn keine Arbeitslosen angetroffen wurden. Durch das Ausbleiben des Materials von auch nur einem Zähler kann die Zusammenstellung des Resultats unmöglich gemacht werden.

Ferner bitten wir alle Zähler, seine Nähe zu schenken, um auch die **entlegensten Winkel**, in denen Arbeiter wohnen, aufzusuchen, damit uns diesmal kein Arbeitsloser entgeht. Zur jeder seine Schuligkeit, dann wird unsere Arbeit auch gelingen. —

Kleine Chronik.

Der Mainzer Krawall-Prozess.

Unter kolossalem Andrang des Publikums begann gestern vor dem Landgericht Mainz die Verhandlung gegen die Maurer **Matthias Orth**, **Johann Barth**, **Peter Barth** und **Christian Ditt**, die im August v. J. beim Maurer-Ausflusse sich an dem Ueberfall auf die italienischen Arbeiter beteiligt hatten. Die Italiener wurden damals morgens 5 Uhr, als sie nach ihren Baustellen zogen, mit Eisenstangen und Holzmitteln furchbar zugerichtet, auch Revolvergeschosse wurden auf sie abgegeben. In dieser Sache erfolgten zuerst etwa 30 Verhaftungen, von denen jedoch nur die gegen die heutigen Angeklagten aufrecht erhalten wurden. Von den geladenen 50 Zeugen sind die 15 ebenfalls vorgeladenen italienischen Maurer nicht erschienen; die Ladung konnte ihnen nicht zugestellt werden, da ihr Aufenthalt unbekannt ist. Die Angeklagten bestreiten jede Teilnahme an dem Ueberfalle. Zwischen dem Staatsanwalt und der Verteidigung kam es darüber zu einer scharfen Auseinandersetzung, ob die Zeugenausagen der Italiener verlassen werden sollen. Das Gericht lehnte einen diesbezüglichen Antrag ab. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde ein als Zeuge geladener **Jahrmann** unter dem Verdacht des Meineids verhaftet. —

Kleine Tagesnovellen. Der 30-jährige **Walter Knoll** in **Dreslau** erlangte seine Ehefrau, mit der er in Unfrieden lebte, und entfernte sich dann aus seiner in der Köpeltorstraße gelegenen Wohnung. Abends wurde Knoll von der Kriminalpolizei ermittelt und verhaftet. Er gestand die Tat ein. — Aus verschmähter Liebe erschoss in **Burtscheid** ein Brauergeselle seine Arbeitgeberin, die Brauereibesitzerin **Milke Büttgens**, und dann sich selbst. — Wie dem „Frank. Cour.“ gemeldet wird, erstach in **Erlangen** der Brauer **Ringel** aus **Diepersdorf** seine Geliebte, die Dienstmagd **Niesberger**. Der Mörder wurde verhaftet. — Das Schwurgericht **W. H. J.** zu **berurteilte** den Arbeiter **Schomburg** wegen Raubmords, begangen in der Nacht zum 29. November an dem Rechnungsführer **Schellenberg**, zum Tode und den Mitangeklagten **Weiß** wegen Beihilfe zum Raube zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust. — Im **Friedendorfer** **Wasserkohlenbergwerk** (**Gessen-Raffau**) führte ein Bergschacht ein. Die Zahl der Verletzten ist unbekannt. Zwei Leichen sind bereits geborgen. — Der praktische Arzt **Dr. med. Oskar Ostermann** wurde vom **Berliner** Landgericht 1 wegen Betrags und Unkundenfalschung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. — **Ferdinand Ritter** v. **Mannlicher**, der Erfinder des **Mannlichergewehrs**, ist in **Wien** plötzlich am Herzschlag im 56. Lebensjahr gestorben.

Letzte Nachrichten.

(Derolter, Debeschen-Bureau)

Grimmitzschau, 21. Januar. Bis gestern abend sind 25 Prozent der Ansgelverrenten in den Betrieben aufgenommen. Das Versammlungsverbot bleibt bestehen. Gendarmerie bleibt in der Stadt. —

Berlin, 21. Januar. Eine Reihe von Vereinigungen kaufmännischer Angestellten sprach sich gestern abend in einer zahlreich besuchten Versammlung gegen die jetzige Fassung des Gesetzesentwurfs über die Kaufmannsgerichte aus. Es wurde beschlossen, dem Reichstag Abänderungsanträge zu unterbreiten. —

Berlin, 21. Januar. Nach einer Privatmeldung der „Berl. Neuest. Nachr.“ ist der Kaufmann **Raimund Böhler** in **Windhul**, der als Leutnant zur Schuttruppe eingezogen war, in einem Gefecht mit den **Hereros** bei **Olahanja** gefallen. —

Kassel, 21. Januar. Bei Belästigungen von Kindern mit Schiffsentzweckern auf einer abschüssigen Straße gerieten zwei Knaben mit ihren Handgeschlitten unter ein vorüberfahrendes Bahnfahrzeug; einer der Knaben wurde sofort getötet, während der andre schwer verletzt wurde. —

Paris, 27. Januar. (Fig. Draht.) Der Finanzminister macht bekannt, daß er die Mannschaften des verschollenen **Transporthampfers „Vienne“** auf die **Verdierungsliste** gesetzt hat. Die Witwen und Waisen erhalten dadurch höhere Pensionsbezüge. —

Brügge, 21. Januar. (Fig. Draht.) Zur Verhaftung des russischen Studenten **Wassili Masoff**, der vor einigen Tagen unter einem Wagen des Zugzuges angehängt vorgefunden wurde, wird noch mitgeteilt, daß bei demselben 10 000 Frank gefunden wurden. Masoff verweigert jede Auskunft. Er habe nichts zu sagen und lege nichts. Er habe die Reise nur des Vergnügens halber gemacht. (Nach einer Mitteilung eines belgischen Genossen soll er sozialdemokratische Schriften haben einschmuggeln wollen. Red.) —

Paris, 21. Januar. (Fig. Draht.) Die nationalitische Liga hat beschlossen, die Namen derjenigen Abgeordneten, welche für die Ausweitung des Abgeordneten **Welfer** **Minister**, in ganz Frankreich durch **Maueranschläge** bekannt zu machen. —

Früherer Preis 60 Mark

Achtung!

Günstiges Ausnahme-Angebot für Vereinsbibliotheken und Abonnenten der Volksstimme

Für 30 Mk. erhalten Sie 8 Prachtbände

Die illustrierte Welt der Erfindungen

Das Werk enthält eine geschichtliche und technische Darstellung aller Erwerbs- und Produktionszweige, unter besonderer Berücksichtigung der heutigen Technik und Großindustrie sowie des heutigen Weltverkehrs.

Diese 8 Bände enthalten weit über 3000 Illustrationen, prachtvoll ausgeführte Textbilder, Beilagen etc. und bilden einen wertvollen Schatz jeder Bibliothek.

Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Jakobstrasse 49

Im Zirkus

Abendstück 8 Uhr
Gastspiel des Metropol-Theater-Ensembles aus Hannover

Die kleinen Vagabunden.

Sensationsstück in 5 Akten.
Aufgeführt in Frankreich und England sowie in allen Hauptstädten Deutschlands mit beispiellosem Erfolg!

Sonabend den 23. Januar, nachmittags 4 Uhr
Kinder-Vorstellung
Schneewittchen und die sieben Zwerge.

Faunermärchen in 8 Bildern.
Freise der Plätze: 15, 25, 50, 75 Pf. und 1.00 Mk.

Luisen-Park

Vorläufige Anzeige.

Zu dem am Sonntag den 24. Januar stattfindenden Konzert hat das

Mandolinen-Trio „Les Napolitanos“
seine Mitwirkung zugesagt.

Montag den 1. Februar

Humoristisch-karnevalistisches Konzert
verbunden mit Vorkbierfest (H. Allendorffsches sowie Münchner Vorkbier).
Die beliebtesten Vorkwürstchen mit Krant.

Montag den 15. Februar: **Große Redoute.**

Deutscher Holzarb.-Verband

1936 Verwaltungsstelle Magdeburg.

Bureau: Jaglosberg 5. Sprechstunden 8-2 und 4-7.

Die Generalversammlung

pro 4. Quartal 1903
tagt am Sonnabend d. 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr im „Bürgerhaus“, Stephanusbrücke 38.

Werte Kollegen! Bei der reichhaltigen Tagesordnung ist eine frühzeitige und pünktliche Eröffnung der Versammlung notwendig. Gleichzeitigkeit machen wir auf die am Sonntag vormittag stattfindende Arbeitslosenversammlung in der ganzen Stadt aufmerksam und bitten auch hier pünktlich in den bekannt gegebenen Lokalen zu erscheinen.

1936 Die Verwaltung.

Städtische Arbeitsnachweisstelle
Magdeburg

Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeitssuchenden, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.
Fernsprechanchluss: Rathaus Nr. 2150-2155.

Öffnungszeiten:
Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
Weibliche Abteilung: 10-12 Uhr vorm. und 4-7 Uhr nachm.
Männliche Abteilung: Jaglosberg 13, Hof rechts.
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.

Eine tücht. Verkäuferin

welche schon in Konsum-Verkaufsstellen tätig gewesen ist, sucht
Franz Poppe, Lagerhalterin
Schönebeck, Weidenbühlstraße 1c.

Lungenwurst

heute frisch bei
Moritz Weinberg.

Radf.-Verein „Falke“

2076
Sonnabend den 6. Februar im „Grand Salon“

Maskenball

mit guter und neuer Aufführungen.

Stadt-Theater.

Freitag den 22. Januar 1904.
Die Waise.

Sonntag den 24. Januar 1904.
Nachmittags 3 Uhr:
Japankreich.

Walhalla

Gastspiel
Adelina

Rositta

die taubstumme

königliche

Hof-Prima-Sängerin

Egeln

Gasthof zu den drei Kronen.

Sonnabend den 23. und Sonntag den 24. Januar

Gr. Bockbierfest

wozu freundlichst einladet

Robert König.

Nur 30 Pfg.!

kostet jede der nachfolgenden

Wochenschriften:

Die Prostitution im 19. Jahrhundert.

Von Alfred Bläsig.

Die Frau im 19. Jahrhundert.

Von Therese Schläpfer-Efflein.

Aberglaube und Mystik im 19. Jahrhundert.

Von Julius Beder.

Die Soziologie im 19. Jahrhundert.

Von Dr. Capimir v. Kelle - Kraus.

Jeder Kolporteur und jede Zeitungsausträgerin nimmt Bestellungen an.

Standesamt.
Magdeburg, 20. Januar.
Angebote: Fingerringe, Goldschmuck, Silberarbeiten, Porzellan, Kunstgegenstände, Schmuck, Uhren, Brillen, etc.

merksarbeiter Kurt Bernhard Julius Müller mit Auguste Selma Anna Blum in Ortrand. Kaufmann Heinrich Ubold Otto Diederich hier mit Agnes Elise Klara Reifken in Stendal. Musikleiter Albert Schäfer in Ansephas mit Marie Krause in Gr.-Salze. Dienstknecht Karl Friedrich Wilhelm Nagelschütz in Goldbeck mit Marie Emilie Auguste Holländer in Krusemarkt. Schlosser Emil Hermann Prell hier mit Klara Hedwig Müller in Bedwig.
Geburten: Hugo, S. des Kontoristen Hugo Weise. Wilhelm, S. des Schneiders Wilhelm Belling. Hermann, S. des Feiglers Hermann Bieffener.
Todesfälle: Klara geb. Keller, Ehefrau des Arbeiters Hermann Schierwagen, 37 J. 1 M. 26 E. Anna Herwig, unverehelicht, 44 J. 9 M. 20 E. Elisabeth geb. Bohlmann, Ehefrau des Kaufmanns Rudolf Lüderßen, 29 J. 5 M. 4 E. Walter Freilicht, arbeiter, 43 J. 11 M. 10 E. Anna geb. Jäger, Ehefrau des Arbeiters August Kilius in Staßfurt, 35 J. 4 M. 18 E. Paul, S. des Schlossers Paul Schanze, 2 J. 11 M. Willi, unehelich, 4 M. 18 E.

Sachsenburg, 20. Januar.
Geburten: Willi, S. des Arb. Karl Pape. Martha, T. des Sattlers Ernst Schnelle. Anna, T. des Lokomotivführers August Schill. Martha, T. des Straßenbahn-Schaffners Otto Grothe. Elisabeth, T. des Wärenders Friedrich Bode. Otto, S. des Arbeiters Albert Grundmann.
Todesfälle: Schneidermeister Louis Benne, 44 J. 11 M. 15 E. Steindruckere Otto Frankemann, 21 J. 2 M. 18 E. Franz, S. des Arbeiters Franz Busche, 4 J. 11 M. 6 E. Meta, T. des Schneidermeisters Emil Meier, 3 M. 1 E. Arbeiter Paul Ringeb, 18 J. 10 M. 28 E. Arbeiter Wilhelm Brandt, 71 J. 13 E.

Buckau, 20. Januar.
Geburt: Georg, S. des Arb. Friedrich Peters.
Neustadt, 20. Januar.
Geburten: Elisabeth, T. des Kupferschmiedes Paul Frida. T. des Sattlers Gustav Lehmann. Willi, T. des Arbeiters Wilhelm Kitzig. Elisabeth, T. des Arbeiters Paul Busch. Werner, S. des Schneiders Wilhelm Hamisch. Ida, T. des Kupferschmiedes Heinrich Wöhe. Willi, S. des Arb. Karl Fingelberg.
Todesfälle: Privatm. Ferd. Nicolai, 59 J. 8 M. 22 E.

Wischerleben.
Todesfälle: Kaufm. Wilhelm Eick, 70 J. Ehefrau Auguste Wanneke geb. Gerhardt, 69 J. Witwe Friederike Berger geb. Voigt, 57 J. Kurt, S. der unverheirateten Meta Biemann, 5 M. Ehefrau Auguste Göbde geb. Zippel, 53 J.

Halberstadt.
Aufgebore: Bergmann Franz Katjaßgegal mit Hedwig Steppatz, beide zu Konigsd. Fleischer Max Schneider mit Anna Grothe. Arbeiter Karl Felix Hans Wilhelm Stünkel mit Karoline Luise Frida Dreher, beide zu Hannover. Fabrikarbeiter Franz Karl Thomas zu Halle a. S. mit Pauline Emma Eitel zu Radeb. Eisenbahnbodenarbeiter Ernst Weichler mit Witwe Wapenhaus Anna geb. Bunge. Gärtner Fritz Keffelring zu Dale am Harz mit Ida Danneworth hier. Schlosser Richard Ernst Nyson hier mit Marie Johanne Rudolph zu Athenstedt.
Eheheirung: Fleischer Georg Raubusch mit Anna Heinze.
Geburten: T. unehelich. S. unehelich. T. des Militär-Juwaliben Karl Juchner. S. des Schaffners Gustav Hellmann. T. des Zimmermanns Karl Köber. S. des Arbeiters Karl Böding. T. des Stadt-Experten-Adjunkten Wilhelm Bollwage. T. des Hilfsbremsers Heinrich Holzheuer. S. des Bizelebedehls Alwin Langula. T. des Oberleitungs-Aufsichters Gust. Köhler. T. des Gärtners Louis Ede. S. des Kellers Karl Kornab. S. T. des Polizeibeholders Karl Bachmann. S. des Tischlers Alfred Gabriel. T. des Schlossers Franz Burghardt. S. des Stellmachers August Riemert.
Todesfälle: Otto, S. des verstorbenen Schmiedemeisters Julius Lehmann, 12 J. 10 M. 22 E. Witwe Bespermann, Emilie geb. Brind, 77 J. 18 E. Handschuhmacher Julius Jümmelin, 67 J. 6 M. 18 E. Landwirt Karl Eide, 70 J. 5 M. 4 E. Walter Brude, 1 M. 25 E. Arbeiter Gottlieb Werner aus Wegeleben, 56 J. 4 M. 14 E. Franziska Eberhardt aus Wegeleben, 43 J. 7 M. 9 E. Witwe Uhlmann, Karoline geb. Buch, 69 J. 10 M. 27 E. Witwe Koch, Auguste geb. Bucherjüngling, 78 J. 9 M. 11 E. Klara, T. des Arbeiters Friedrich Ueber, 1 M. 9 E.

Totgeburt: S. des Arb. Friedrich Hoffmeister. T. des Jammers Hermann Klein.
Schönebeck.
Geburten: Erich, S. des Tischnehmers Albert Ralowski. Otto, S. des Sattlers Otto Sembleben. Hermann, S. des Schmiedes Hermann Giesau.

Empfehle den geehrten Geschäftskunden, Konsumvereinen usw. meine als vorzüglich bekannten **Korbkäse.** Wilhelm Riecke, Käjerei, Barleben.

Fritz Reuter Werke

Neue Lieferungs-Ausgabe in 50 Heften à 20 Pfennig
In jeder Buchhandl. Volksstimme

Halberstadt. **Halberstadt.**
Geschäfts-Eröffnung.
Donnerstag den 21. Januar in meinem Hause
Domänenstraße 7

Schweineschächtere
Fr. Bemann.

Grantschafts-Sekretariat Magdeburg.
Grafenstraße 1a.
Sonnabend den 23. Januar von 12-1 Uhr
in der Geschäfts-Sekretariat Magdeburg.

Burg. **Burg.**
Empfehle meine saubere **Masken-Garderobe** bei billiger Preisstellung zu jeder Jahreszeit.
Witwe Bremer
Bruckstraße 39, Hof 1 Et.

Verkaufe von heute ab
Schweinefleisch 55 Pf., Rindfleisch 65 Pf., Kalbfleisch 65 Pf., Flammfleisch 60 Pf., Rindfleisch, Schmalz, Sätze 60 Pf., bei Abnahme einer ganzen Wurst 55 Pf., gefülltes Schweinefleisch 60 Pf.
Sitz Kasse, Alte Hauptstadt
Eisenbahnstraße 8.

Ein gebrauchter **Kindertretwagen** für zwei Kinder
sicher zu laufen geeignet
Luisenpark.

Jeden Freitag **frische Wurst**
eigener Schächter, in bekannter Güte.
Jeden Sonnabend Knoblauchwurst und Jambonade, Rohschinken, etc.
H. Kreischer, Fleischhauer,
Fischerstraße 6, Mitglied des Rabats-Sparvereins. 627

Frühstückspatel
der Magdeburger Volksstunde
Hauptstraße 5.
Freitag: Schächter, Schächterin und Metzger.
Sonnabend: Schächter mit Kind.
Hof.

Burg. **Burg.**
Sonnabend den 23. Januar
Sonnabend den 23. Januar
Sonnabend den 23. Januar

frische Wurst!
Gottfr. Wegmann
Fischerstraße 2

Operntexte | **Opernführer**
zu den besten bekannten Opern
zu den besten bekannten Opern
zu 25 Mk. | zu 15 Mk.
Sich bewährt in der
Buchhandlung Volksstimme
Jakobstraße Nr. 49.